



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

137. KR-Sitzung, Montag, 15. Dezember 2025, 08:15 Uhr

Vorsitz: *Beat Habegger (FDP, Zürich)*

Verhandlungsgegenstände

- 1. Mitteilungen 2**
 - Antworten auf Anfragen
 - Ratsprotokoll zur Einsichtnahme
 - Zuweisung von neuen Vorlagen
 - Änderung der Zuweisung einer Vorlage
- 2. Festsetzung Budget für das Rechnungsjahr 2026 3**
 - Antrag des Regierungsrates vom 27. August 2025, Nachtrag vom 24. September 2025 und Antrag der Finanzkommission vom 20. November 2025
 - Vorlage 6043b (*Fortsetzung der Beratung vom 9. Dezember 2025*)
- 3. Steuerfuss für die Jahre 2026 und 2027 3**
 - Antrag des Regierungsrates vom 27. August 2025 und Antrag der Finanzkommission vom 20. November 2025
 - Vorlage 6044a
- 4. Verschiedenes 66**
 - Fraktions- und persönliche Erklärungen
 - Sitzungsplanung
 - Rücktrittserklärungen
 - Grusswort des Regierungspräsidenten
 - Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

1. Mitteilungen

Geschäftsordnung

Ratspräsident Beat Habegger: Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste? Dies ist nicht der Fall. Wir fahren fort wie vorgesehen.

Antworten auf Anfragen

Ratspräsident Beat Habegger: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf zwei Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 292/2025, Überprüfung sämtlicher vom Kanton Zürich erhobener Gebühren
Claudio Zihlmann (FDP, Zürich), Marcel Suter (SVP, Thalwil), Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur)
- KR-Nr. 344/2025, Wie ist der Kanton Zürich auf ein Ereignis mit Radioaktivität vorbereitet?
Daniel Wäfler (SVP, Gossau), Hans Egli (EDU, Steinmaur), Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen)

Ratsprotokoll zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates ist einsehbar:

- Protokoll der 132. Sitzung vom 1. Dezember 2025, 8.15 Uhr

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben:

- **Beschluss des Kantonsrates über die Erledigung der Motion KR-Nr. 176/2023 betreffend Ertrag aus Kontrollschilderversteigerung für den Strassenfonds**
KR-Nr. 176a/2023
- **Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 424/2021 betreffend Anpassung der Wohnbauförderungsverordnung zur Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus im Kanton Zürich**
KR-Nr. 424a/2021

Zuweisung an die Kommission für Planung und Bau:

- **Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 226/2023 betreffend Mehr Tempo bei Baubewilligungen**
KR-Nr. 226a/2023

Änderung der Zuweisung einer Vorlage

Zuweisung an die Finanzkommission (statt Kommission für Staat und Gemeinden):

- **Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 114/2023 betreffend Kantonale Schuldenbremse**
KR-Nr. 114a/2023

2. Festsetzung Budget für das Rechnungsjahr 2026

Antrag des Regierungsrates vom 27. August 2025, Nachtrag vom 24. September 2025 und Antrag der Finanzkommission vom 20. November 2025
Vorlage 6043b (*Fortsetzung der Beratung vom 9. Dezember 2025*)

3. Steuerfuss für die Jahre 2026 und 2027

Antrag des Regierungsrates vom 27. August 2025 und Antrag der Finanzkommission vom 20. November 2025
Vorlage 6044a

Ratspräsident Beat Habegger: Wir setzen die Beratung zum Budget für das Rechnungsjahr 2026 und zur Kenntnisnahme des KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) 2026 bis 2029 heute Morgen fort. Wir kommen jetzt zu den 8000er-Leistungsgruppen der Baudirektion. Ich begrüsse bei uns heute Morgen den Baudirektor, Regierungspräsident Martin Neukom. Sie kennen es ja von letzter Woche, wir machen jetzt genau gleich weiter. Ich versuche mich auch zu erinnern, wie es geht (*Heiterkeit*). Ich fange jetzt mal an.

Baudirektion

Leistungsgruppe 8000, Generalsekretariat
Leistungsgruppe 8100, Hochbauamt
Leistungsgruppe 8300, Amt für Raumentwicklung

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Leistungsgruppe 8400, Tiefbauamt
KEF-Erklärung 16
Schlieren, Velobahn Limmattal

Antrag von Thomas Schweizer:

Die im kantonalen Velonetzplan vorgesehene Velobahn im Abschnitt Zentrum/Bahnhof Schlieren bis Zürich, Bahnhof Altstetten soll weiter projektiert werden. Dazu sind 2.5 Millionen Franken im KEF 2026 – 2029 einzustellen.

	P27	P28	P29
Alt	0	0	0
Neu	-0.8	-0.8	-0.9

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Eine Vorbemerkung: Diverse Velo-projekte wurden gestoppt oder doch stark verzögert. Wir haben nicht für alle eine KEF-Erklärung gemacht, sondern uns auf das Projekt mit dem grössten Nutzen konzentriert beziehungsweise dem grössten Schaden, wenn es nicht realisiert oder stark verzögert wird.

Die Veloschnellroute Limmattal ist Teil des Agglomerationsprogramms Limmattal und damit ein Versprechen an die Region. Sie führt über rund 12 Kilometer von Zürich über Schlieren nach Dietikon, auch die Weiterführung Richtung Baden ist bereits aufgegleist. Für das Limmattal wurde eine Potenzial- und Nachfrageanalyse bezüglich des Veloverkehrs durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass für eine solche Verbindung eine hohe Nachfrage vor allem im Alltags- und im Pendlerverkehr besteht. Die Verbindung verfügt über ein sehr gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis. Jedem investierten Franken stehen 6 bis 27 Franken eingenommene oder eingesparte Franken gegenüber.

Zudem ist der Ausbau dieser Verbindung aufgrund der Schwachstellenbehebung des Velonetzplans des Kantons Zürich von hoher Bedeutung. Neben dem Sicherheitsgewinn – weniger Unfälle – fallen auch der Zeitgewinn und die Bündelung des Veloverkehrs stark positiv ins Gewicht. Nicht zuletzt kann damit auch der Modalsplit im Limmattal zugunsten der nachhaltigen Mobilität verbessert werden.

Das Vorprojekt wurde im September 2024 für das Mitwirkungsverfahren öffentlich aufgelegt. Die Agglomerationsprogramme werden durch den Bund unterstützt. Die Veloschnellroute Limmattal wird mit Bundesgeldern in der Höhe von 10,38 Millionen Franken unterstützt, aber natürlich nur, wenn sie auch fristgerecht realisiert wird. Eine verspätete Realisierung wird also doppelt teurer: einerseits, weil hinausgeschobene Projekte nie günstiger werden, andererseits, weil die Kostengutsprache vom Bund entfällt.

Mit der KEF-Erklärung verlangen wir, dass die Detailplanung ohne Verzögerung weitergeführt wird. Alles andere wäre ein Schildbürgerstreich. Bitte unterstützen Sie die KEF-Erklärung Nummer 16.

Ratspräsident Beat Habegger: Ich begrüsse bei uns auch den Finanzdirektor, Regierungsrat Ernst Stocker.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Bekannterweise wohne ich ja selbst im Limmattal, bekannterweise komme ich ab und zu mit dem Velo, und ich

kann Ihnen sagen: Es ist halsbrecherisch. Wenn man zügig vom Limmattal hierher nach Zürich fahren will, dann hat man das Gefühl, dass man ein-, zwei- oder dreimal seinen Hals riskiert, wenn man hier unterwegs ist. Denn häufig wurde die Infrastruktur für die Autos geplant und nicht für die Velos, die zügig vorankommen möchten. Andererseits gibt es x Studien, die zeigen, dass gerade das Limmattal für das Velo ein enormes Potenzial hätte. Es geht von uns aus flach nach Zürich. Man würde sehr gut vorankommen, es wäre platzsparend, leise und umweltfreundlich, daher macht eine Veloschnellroute im Limmattal extrem Sinn.

Bei dem Projekt sieht man auch wieder, wie absurd die Investitionspriorisierung ist. Wir haben eine Investitionspriorisierung, die eigentlich dazu führt, dass man Neubauprojekte gar nicht mehr aufnehmen kann. Ob man dabei dann Gelder vom Agglomerationsfonds verspielt, wird offensichtlich nicht genug berücksichtigt in dieser Priorisierungsliste. Wir machen eine Priorisierung für die Vergangenheit, denn wir wollen ja nichts für die Zukunft bauen. Aber die Begründung, wieso wir eine absurde Priorisierung machen, ist: Ach, wir haben zu wenig Geld. Heute haben einige von euch vor, den Steuerfuss um 5 Prozent zu senken. Da sollte man einmal hinterfragen, ob man wirklich zu wenig Geld hat oder ob man den Staat kaputtmachen will. Die Veloschnellroute Limmattal ist eine sinnvolle Investition. Stimmen Sie dieser KEF-Erklärung zu und überlegen Sie sich noch, was Sie heute Nachmittag machen werden.

Paul von Euw (SVP, Bauma): Geschätzte Mitglieder der Velowegsekte (*Unmutsäusserungen*), aufgrund der Reaktion gibt es allem Anschein nach solche Personen hier drin.

Ich nehme es vorweg, wir lehnen diesen KEF-Antrag ab. Der KEF-Antrag will eine bestehende Velowegverbindung, die scheinbar mit 2,9 Meter Breite zu schmal ist, erweitern, und der Veloweg führt scheinbar nicht ans Ziel Ihrer Träume, an den Bahnhof Altstetten; dies soll auch noch ergänzt werden, notabene in einer Zeit, in welcher Schulhausprojekte, kantonale Schulhausprojekte zurückgestellt werden müssen, in einer Zeit, in der Strassenprojekte, wie beispielsweise die Unterführung Winterthurerstrasse in Uster, die für die Blaulichtorganisationen Feuerwehr, Ambulanz und Polizei wichtig ist, zurückgestellt werden müssen, obwohl im Jahr 2030 diese Strasse mit einer Barriere unterbrochen wird, welche während 60 Minuten 45 Minuten geschlossen sein wird, in einer Zeit, in der aktuell, Stand heute, Velowege in der Projekt- oder Planungsphase oder im Ausbau sind für einen Betrag von 270 Millionen Franken. Diese werden aktuell geplant und gebaut, Velowege für 270 Millionen Franken. Und wenn Sie dann den Kilometer Veloweg anschauen: über 7,7 Millionen Franken für einen Kilometer Veloweg. Wenn

diese Veloverbindung so wichtig ist, dann reduzieren Sie die Velostandards, reduzieren Sie die Kosten, und dann können wir über solche Massnahmen diskutieren. Vielen Dank.

Yiea Wey Te (FDP, Unterengstringen): Ich bin Unterengstringer und benutze die Strasse, wo die Veloroute hauptsächlich erstellt wird, täglich. Und täglich kann ich aus Erfahrung sagen, dass die Veloroute sicher ist. Die Veloroute dort ist extrem sicher. Die Velobahn, die dort erstellt werden soll, ist tatsächlich noch nicht nötig. Was wir dort brauchen, ist ein Projekt, welches den motorisierten Individualverkehr entlastet, das brauchen wir dort. Die Velobahn Limmattal ist nicht nötig, die Veloroute dort ist sicher, und ich verstehe nicht, weshalb wir jetzt mit dieser KEF-Erklärung diese Velobahn Limmattal vorantreiben wollen, das braucht es wirklich nicht.

Daniel Rensch (GLP, Zürich): Im Gegensatz zu meinen Vorrednern finde ich, dass die Velobahn zwischen dem Zentrum, Bahnhof Schlieren und Bahnhof Altstetten ein zentrales Element des kantonalen Velonetzplans und ein Schlüsselstück für die Verkehrswende im Limmattal ist. Es braucht für alle Verkehrsteilnehmer sichere, gute und gut erschlossene Velowege und auch Strassen. Dafür braucht es im KEF die beantragten 2,5 Millionen Franken für die Weiterprojektierung. Die GLP unterstützt die KEF-Erklärung.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Die Mitte unterstützt im Grundsatz den Veloverkehr und auch den Ausbau der Velowege. Die Schliessung der Lücken im Velonetz bleibt ein langfristiger Auftrag. Doch stehen wir auch hinter der Priorisierung der einzelnen Projekte, denn es können nicht alle Projekte auf einmal angegangen werden. Wir sollten einzelne Bauprojekte und einzelne Direktionen nicht gegeneinander ausspielen. Zuerst sollten nach unserer Meinung Schulen gebaut werden können. Das Velonetz wird Schritt für Schritt geschlossen werden. Wir überweisen diese Erklärung nicht. Besten Dank.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Die Velobahn zwischen Schlieren und Zürich-Altstetten ist eine sinnvolle und zukunftsgerichtete Investition. Das positive Kosten-Nutzen-Verhältnis ist klar belegt. Jeder investierte Franken bringt ein Mehrfaches an volkwirtschaftlichem Nutzen. Zeitgewinne, mehr Sicherheit und die Bündelung des Veloverkehrs sprechen deutlich für das Projekt. Schieben wir dieses Projekt nicht auf die lange Bank, wo es rein durch das Liegenbleiben teurer wird. Die EVP unterstützt die Weiterprojektierung dieser Velobahn. Besten Dank.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Bereits in meinem Eintretensvotum letzte Woche habe ich betont, dass wir Sorge tragen müssen, dass wir unsere Infrastruktur weiterentwickeln. Leider geschieht mit unserem Priorisierungsprogramm zurzeit genau das Gegenteil. Hier muss auch betont werden, dass die im Budget stehenden Anträge nur einen kleinen Bruchteil der zurückgestellten Investitionen repräsentieren. Allein schon im Veloverkehr werden viel mehr Projekte zurückgestellt. Von der Begrifflichkeit her ist «Zurückstellung» eher ein Euphemismus. Vielmehr dürfte dieser KEF-Antrag auch dementsprechend stellvertretend für andere zurückgestellte Projekte zu verstehen sein. Die Velobahn Limmattal ist wichtig für das Limmattal als Teil einer zukunftssträchtigen, durchgehenden Infrastruktur, die den Namen auch verdient. Diese Velobahn hier umfasst auch weit mehr als Schlieren, mehr als das Limmattal im Kanton Zürich, sondern diese Strecke geht bis in unseren Nachbarkanton, ist also definitiv nicht nur ein lokales Projekt. Bei dieser Priorisierung läuft definitiv etwas falsch. Wir werden diese KEF-Erklärung unterstützen.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Zuerst meine Interessenbindung: Ich bin kein Sektenmitglied, sondern gewählter Stadtpräsident der Stadt Schlieren und in die Planung der Velobahn von Zürich bis nach Dietikon beziehungsweise in den Aargau eingebunden. Die Planung dieser Velobahn ist meines Erachtens ein Lehrstück, wie man es besser nicht machen sollte. Ja, das Limmattal ist massiv bebaut, und entsprechend schwierig ist es, eine neue Velobahn zu planen und zu bauen. Aber die Planung dauert nun schon Jahre, mehr als zehn Jahre. In dieser Zeit wurde in diesem Raum auf beiden Seiten der Velobahn weitergebaut. Das erschwert bis verunmöglicht die Planung immer mehr.

Des Weiteren wird die Velobahn in Etappen geplant. Der Kanton plant den nun zur Diskussion stehenden Abschnitt, die Stadt Schlieren plant den nächsten Abschnitt, nennen wir ihn mal «Abschnitt 2». Danach, der dritte Abschnitt, wird dann wiederum im Verbund geplant. Nun, gerade im Abschnitt 2 sind wir in der Planung wesentlich weiter, und entsprechend wurde auch schon einiges an Unruhe erzeugt, weil die zukünftige Velobahn im überbauten Raum einen planerischen Kompromiss darstellen muss und somit Links und Rechts unzufrieden sind. Und dieses «Links» und «Rechts» meine ich hier nicht nur geografisch.

Wenn nun der Regierungsrat den ersten Abschnitt zurückstellt, hat die Stadt Schlieren nicht nur eine von oben befohlene Planungsleiche erzeugt oder für Jahre eine Velobahn gebaut, ohne sinnvollen Anfang und ohne sinnvolles Ende, sondern auch unnötiges Geschirr zerschlagen, was die künftige Pla-

nung einer Velobahn im Limmattal nochmals massiv erschwert, beinahe unmöglich. Die seit Jahren versprochene und geplante Velobahn ist jetzt ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Wir wurden hier als Velosekte bezeichnet und wir wurden bereits in der Medienmitteilung der SVP vom 8. Dezember 2025 von Herrn von Euw, von Herrn Weidmann (*Tobias Weidmann*) und von Herrn Ledergerber (*Domenik Ledergerber*) auf ziemlich unanständige Art heruntergemacht, weil wir eine politische Ansicht vertreten. Sektierer, das ist etwas anderes. Der Ausbau der Veloinfrastruktur wird zumindest in diesem Rat von der Hälfte getragen. Wenn Sie also die eine Hälfte als sektenmässig bezeichnen, dann müssen Sie vielleicht den Begriff des Sektierers wieder korrigieren oder mal über die Bücher gehen. Auf jeden Fall ist dieser Umgangston nicht der demokratische, den wir uns mit Ihnen wünschen. Wir haben einen anderen Umgangston mit Ihnen, und bitte, vielleicht schauen Sie uns den ab. Danke.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Der im kantonalen Velonetzplan vorgesehene Velobahnabschnitt vom Zentrum beziehungsweise Bahnhof Schlieren zum Bahnhof Zürich-Altstetten soll weiterprojektiert werden, wir haben es gehört. Das Vorprojekt wurde im September 2024 für das Mitwirkungsverfahren öffentlich aufgelegt und ist weit fortgeschritten. Das positive Kosten-Nutzen-Verhältnis wurde in Studien klar nachgewiesen. Jedem investierten Franken stehen je nach Szenario 6 bis 27 eingenommene oder eingesparte Franken gegenüber. Und positiv zu erwähnen sind auch noch die gesteigerte Sicherheit mit einem erwarteten Rückgang an Unfällen für Velofahrende, die Bündelung des Veloverkehrs auf einer jetzt schon bestehenden, querungsarmen Strecke entlang der Bahn sowie der Zeitgewinn für Velofahrende, aber eben nicht nur für Velofahrende, sondern auch für Auto- und ÖV-Fahrende, indem die S-Bahn und die Strassen entlastet werden.

Und noch etwas, liebe SVP: Es ist doch etwas sehr polemisch, medial von einem Velowegsekte-Budget zu sprechen. Zuerst einmal gehört das Wort «Sekte», wir haben es bereits vorgängig gehört, einfach nicht hierher. Es ist nicht einmal ein Budgetantrag, Sie reden von einem «Velosekten-Budget», dabei ist es ja nicht einmal ein Budgetantrag, sondern lediglich ein KEF-Antrag zur Fortführung der Planung zu einem bereits weit fortgeschrittenen Projekt, eben nicht ein Budget; wenn schon, dann das richtige Wort.

Pierre Dalcher (SVP, Schlieren): Ich wohne in Schlieren, ich bin Steuerzahler von Schlieren und ich kann so viel sagen: Der jetzige Veloweg zwischen Schlieren und Bahnhof Altstetten existiert bereits und er ist nicht unsicher.

Dort fahren sozusagen keine Autos, dort gibt es vorwiegend Velos oder Fussgänger. Es gibt weiterhin zwischen Altstetten und Schlieren jegliche, viele Velowege: Limmat, Überlandstrasse, man kann auch über den Schlieremerberg fahren, man hat eine riesige Auswahl. Also bitte, man muss nicht übertreiben, es ist eigentlich sehr sicher mit dem Velo, man muss nur die richtigen Wege suchen. Eine Autobahn brauchen wir nicht für das Velo. Wir haben eine Autobahn auf der Engstringener Seite, aber für das Velo braucht es nicht auch noch eine Autobahn. Danke.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon) spricht zum zweiten Mal: Es mag ja sein, dass es ein, zwei Möglichkeiten gibt, mit dem Velo hierherzukommen, nur sind Sie da entlang der Limmat auf einem Schotterweg. Beim Schlieremerberg hat man doch etliche Höhenmeter. Ich mache ihn manchmal, weil er noch schön ist, aber den macht man nicht, um schnell zu sein. Und das Problem ist: Der relativ gute Veloweg ist jetzt im Norden der Bahngleise und deren Kreuzung ist nicht so wahnsinnig toll gestaltet und wie so häufig auch nicht für das Velo konzipiert. Wenn man von Dietikon her kommt, nimmt man die Schönenwerdkreuzung und dort wurde offensichtlich das Velo komplett vergessen.

Aber zu Paul von Euw: Wir haben ja gesehen, wo diese Steuersenkungsideologie hinführt. Unsere ach so schlimme Sekte, die kostet ein paar hunderttausend Franken, wenn man alles zusammenzählt, vielleicht wenige Millionen. Ihre Ideologie kostet uns 410 Millionen Franken pro Jahr. Und Sie haben selbst aufgeführt, welche wichtigen, sinnvollen Investitionen zurückgestellt werden. Die werden nicht zurückgestellt, weil wir kein Geld haben, sondern weil Sie es nicht wollen. Denn Sie wollen sich dafür entscheiden, dass wir diesen Staat ausbluten lassen und die Investitionen in die Zukunft nicht mehr machen. Diese Ideologie schadet uns, während solche sinnvollen Investitionen, wie die Veloschnellroute im Limmattal, uns weiterbringen würden, und das für verhältnismässig wenig Geld.

Paul von Euw (SVP, Bauma) spricht zum zweiten Mal: Wenn Ihre Ideologie wenige hunderttausend Franken kostet, dann habe ich jetzt entweder etwas falsch verstanden oder Sie haben etwas Falsches gesagt. Aktuell werden Velorouten geplant, projiziert und ausgeführt für 270 Millionen Franken, und darin sind die jährlichen 20 Millionen Franken, welche im Budget eingestellt werden, noch nicht enthalten. Der Meter Veloweg kostet den Kanton Zürich fast 8000 Franken, und das kann man nicht mit einem Votum mit «wenigen hunderttausend Franken» wegmachen. Und die Steuerreduktion hat doch nichts mit den Investitionen für einen Veloweg zu tun. Bei der Steuerreduk-

tion geht es um die Entlastung der Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Zürich. Fragen Sie einmal, wo der Schuh drückt. Der drückt am ehesten bei den Krankenkassenausgaben, auf welche sie gar keinen Einfluss haben. Und wenn sie das Geld dafür brauchen, dann haben wir die Möglichkeit, sie über den Steuersatz etwas zu entlasten. Das hat nichts mit Velowegen zu tun. Sie möchten einfach Ihre Ideologie durchdrücken. Genau, Herr Felix Hoesch hebt die Daumen, er steht dazu. Sie möchten Ihre Ideologie durchdrücken zulasten der Bildung, zulasten des motorisierten Individualverkehrs und damit zulasten der Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Herr von Euw, ich kann es Ihnen nicht verdenken, wenn Sie in der Budgetdebatte zur Bildung letzte Woche etwas abgehängt haben, aber wer dort bei der Bildung sparen wollte, das war Ihre Fraktion zusammen mit der FDP.

Yiea Wey Te (FDP, Unterengstringen) spricht zum zweiten Mal: Ich halte mich ganz kurz: Ich möchte einfach noch einmal festhalten, dass die Veloroute, die wir im Moment im Limmattal haben, von Dietikon bis nach Altstetten, am sichersten über die Bernstrasse verläuft. Und dort fahren die Velos über eine separate Trasse und haben die Möglichkeit, wirklich ganz sicher zu fahren. Die Velobahn, die neu erstellt werden soll, die verläuft dann anders, die geht dann schlussendlich über die Zürcherstrasse. Und dort, wenn man diesen Weg dorthin führen möchte, ja, dann braucht es vielleicht ein Projekt. Aber im Moment ist es so, dass man, wenn man von Dietikon bis nach Zürich fahren möchte, die Bernstrasse nehmen kann, und die ist wirklich sicher für die Velos. Danke.

Abstimmung über KEF-Erklärung 16

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 16 mit 87 : 86 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 8400, Tiefbauamt

KEF-Erklärung 18

Wiederaufnahme Projekt Neubau Seeuferweg Wädenswil

Antrag von Tobias Mani:

Das Projekt Neubau Seeuferweg Wädenswil ist wieder in den KEF aufzunehmen:

	2026	2027	2028	2029
Investitionsausgaben KEF 2026–2029	-123.1	-138.1	-148.6	152.2

Projekt Neubau Seeuferweg Wädenswil	0.0	-0.3	-0.3	-0.1
Investitionsausgaben neu	-123.1	-138.3	-148.9	-152.3

Tobias Mani (EVP, Wädenswil): Warum dieser Antrag? Müssen wir schon wieder über Seeuferwege reden? Leider, leider, ja. Denn was der Regierungsrat vorliegend gemacht hat, geht einfach gar nicht. Bis jetzt hat der Regierungsrat stets betont, er mache, so gut es gehe, vorwärts mit der Realisierung der Uferwege, es sei halt komplex. Das Problem seien nicht die Kosten, aber die sehr anspruchsvolle Planung. Nun ist plötzlich das Geld das Problem und es gibt eine Investitionspriorisierung und der Seeuferweg, konkret der Abschnitt Wädenswil–Halbinsel–Giessen fällt aus der Finanzplanung heraus. Aber das Geld kann und darf nicht das Problem sein, denn es gibt im Strassengesetz eine klare Vorgabe: 6 Millionen Franken pro Jahr müssen im Budget eingestellt werden. Wenn der Regierungsrat nun die Beträge im KEF nicht mehr einstellt, nimmt er das Gesetz und die Entstehungsgeschichte dieses Paragraphen 28b nicht ernst.

Gegner der Schliessung dieser Lücke im Uferweg Horgen bis Richterswil könnten einwenden, dass die Volksabstimmung nicht im Sinne der Uferweg-Befürworter ausging. Ja, das Resultat war nicht erfreulich. Es ändert aber nichts an der bisherigen Rechtslage, an den Vorgaben und den bisherigen Voraussetzungen. Das Volk lehnte die Volksinitiative (*am 3. März 2024*) ab, welche ein schnelleres Vorgehen, ein Forcieren forderte. Aber dass die Projekte gemäss den bisherigen Rahmenbedingungen pragmatisch realisiert werden sollen, wurde damit nicht infrage gestellt. Es gilt weiterhin: Diese 6 Millionen Franken pro Jahr müssen eingestellt werden, gerne dürfen Sie sich den Bericht des Regierungsrates in der Abstimmungszeitung nochmals zu Gemüte führen. Und der Regierungsrat hat in diesem Zusammenhang mehrfach versprochen, dass er sich weiterhin im Rahmen des Möglichen einsetzt, und hat die Realisierung verschiedener Wegabschnitte für die kommenden Jahre in Aussicht gestellt, so auch des vorliegenden. Dass jetzt quasi nichts mehr gemacht werden soll, ist nach so kurzer Zeit ein Wortbruch und eine Missachtung des Gesetzes und der Vorgaben.

Ich bitte Sie, diese KEF-Erklärung zu unterstützen. Mit der Schliessung dieser Lücke könnte ein langes Wegstück durchgängig gemacht werden. Mit der Schliessung dieser Lücke gäbe es wohl den längsten durchgehenden Uferwegabschnitt entlang des Zürichsees, ein echter Mehrwert. Vielen Dank.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Ich gebe Ihnen meine Interessenbindung ein weiteres Mal bekannt: Ich bin Interimspräsident des Vereins Zürcher Uferwege, ehemals «Ja zum Seeuferweg». Ja, wir haben die Uferinitiative verloren. Die

Frau Volkswirtschaftsdirektorin (*Regierungsrätin Carmen Walker Späh*), die jetzt leider hier nicht direkt in Charge ist, hat versprochen, dass es weitergeht mit den Uferwegen – mit den Velowegen, aber auch mit den Uferwegen. Wenn wir die Uferweginitiative gewonnen hätten, müssten wir jetzt gar nicht diskutieren, denn dann wäre der Volkswille ja klar, dann müssten wir das jetzt machen. So müssen wir aber auch weitermachen. Auch dieser Uferweg in Wädenswil macht sehr viel Sinn, Tobias Mani hat die lokalen Details schön ausgeführt. Es ist wichtig, dass wir mehr Uferwege haben. Wir in der Stadt Zürich haben viele Uferwege, aber Sie kennen sie alle, denn Sie kommen alle aus dem Kanton Zürich nach Zürich, um den Uferweg zu geniessen, weil es hier einen schönen Uferweg hat. Aber dieser ist voll. Und ich als Stadtzürcher würde sehr gerne nach Wädenswil fahren können, um dort den Uferweg zu geniessen, auf einer langen Strecke, und eine richtige Wanderung zu machen. Darum unterstützt die SP natürlich diese KEF-Erklärung – und weil der Uferweg fehlt. Herzlichen Dank.

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Ich bin Vorstandsmitglied des Vereins Zürcher Uferwege, und die Grünen unterstützen diese KEF-Erklärung. Der Seeuferweg in Wädenswil ist fertig projektiert, er könnte also zeitnah umgesetzt werden. Es sind keine Schwierigkeiten zu erwarten in den Details. Die Wegstrecke von Richterswil bis Wädenswil würde als durchgehender, attraktiver Weg in Wert gesetzt. Die fehlende Lücke im Uferweg bei Wädenswil muss endlich einmal geschlossen und damit die gesamte Strecke aufgewertet werden. Die dafür notwendigen Gelder sind im Strassengesetz gesetzlich verankert, die Finanzierung ist also gesichert. Bitte stimmen Sie dieser KEF-Erklärung zu.

Abstimmung über KEF-Erklärung 18

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 18 mit 86 : 85 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 8500, Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

KEF-Erklärung 19

Wirkungsindikator W22, Anteil Grundwasserfassungen mit Erfüllung der Anforderungen für Mikroverunreinigungen

Antrag von David Galeuchet und Benjamin Walder:

Überarbeitung des Wirkungsindikator W22 Anteil Grundwasserfassungen mit Erfüllung der Anforderungen für Mikroverunreinigung (Ziel 2030 = 98%)

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Es steht nicht gut um unser Grundwasser. Uns Schweizerinnen und Schweizer macht es seit jeher stolz, dass wir unser Wasser direkt ab dem Hahn trinken können. Doch wir müssen zunehmend einsehen, dieses Selbstverständnis gerät ins Wanken. Das Lebensmittelgesetz ist eindeutig: Trinkwasser muss sicher sein. Seit 2024 werden Chlorothalonil- und Metolachlor-Metaboliten – komplizierte Worte – als relevant eingestuft. Damit gilt für sie der strengere Höchstwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter. Diese Neubewertung zeigt deutlich, wie angespannt die Lage ist. Nur noch rund die Hälfte aller Grundwasserfassungen erfüllt die Anforderungen für Mikroverunreinigungen. Jede zweite Fassung weist eine zu schlechte Qualität auf. Heute müssen wir Wasser aus belasteten Grundwasserfassungen mit weniger belasteten Quellen mischen, Seewasser dazugeben oder alternative Fassungen zuschalten, nur damit wir die gesetzlichen Grenzwerte überhaupt noch einhalten können. Das ist ein Warnsignal und kein nachhaltiges Versorgungskonzept.

Der Indikator W22 soll angepasst werden, damit er der aktuellen Situation gerecht werden kann. Wir danken für die Unterstützung.

Urs Wegmann (SVP, Neftenbach): Der Wirkungsindikator W22 hat sich auf einem Schlag massiv verschlechtert. Ist jetzt die Wasserqualität vom einen auf das andere Jahr so viel schlechter geworden? Nein, ist sie zum Glück nicht, geändert hat lediglich die Beurteilung von Grenzwerten. Seit 2024 gelten alle Chlorothalonil- und Metolachlor-Metaboliten als relevant, obwohl sie oft nur als qualitatives Problem angesehen wurden und bei den gefundenen Spuren nicht direkt gesundheitsschädlich sind, sondern die Reinheit des Wassers betreffen. Der neue Grenzwert von maximal 0,1 Mikrogramm ist sehr tief. Früher konnten so niedrige Konzentrationen oft gar nicht gemessen werden, und es ging primär um die Reinhaltung des Wassers, da der Wert eine vorsorgliche Grösse darstellt, um mögliche Gesundheitsgefährdungen auszuschliessen, auch wenn die Metaboliten in den gefundenen Mengen toxikologisch oft unbedenklich sind. Obwohl der Einsatz dieser Substanz schon 2022 verboten wurde, zumindest in der Landwirtschaft, wird es noch lange dauern, bis sie nicht mehr messbar ist. Insofern haben wir Sympathie dafür, den Indikator anzupassen. Andererseits ändert dies nichts an der Situation im Feld, daher möchten wir der Verwaltung und somit indirekt den Steuerzahlenden den Aufwand, diesen Indikator abzuändern, ersparen. Solange wir wissen, was die Ursache für die sprunghafte Veränderung ist, sollten wir in der Lage sein, dies politisch richtig einzuordnen. Wir vertrauen darauf, dass dieser tiefe Wert nicht dazu missbraucht wird, um die Wasserqualität im Kanton schlechter zu reden, als sie ist. Wir dürfen nicht jedes Mal, wenn etwas vorher nicht oder nicht in so kleinen Mengen messbar war

oder ein Grenzwert auf Verdacht hin angepasst wurde, anfangen zu hyperventilieren und schon den Sensenmann im Türrahmen halluzinieren. Wichtig ist, dass wir einen Indikator haben und die Entwicklung über die Jahre verfolgen können. Daher verzichten wir auf die Änderung und ersparen der Verwaltung diese Arbeit. Danke.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Niemand bezweifelt die Wichtigkeit von Wasser, niemand bezweifelt die Wichtigkeit von Grundwasserfassungen, auch wenn viel Wasser heute aus Seen gewonnen wird. Und trotzdem tun wir uns schwer, dieses Grundwasser zu schützen. Ziel muss es sein, auch in Zukunft jede Verunreinigung von Grundwasser zu unterbinden. Dazu müssen wir wissen, ob das Grundwasser verunreinigt wird, und wenn ja, mit welchen Mitteln. Diese Messungen werden heute durchwegs gemacht, aber unklar bleibt, wie der Politik, notabene uns und dem Regierungsrat, klargemacht werden kann, wie es um die Qualität des Grundwassers steht und ob weitere Massnahmen getroffen werden müssen. Der heute festgelegte Wirkungsindikator W22 bleibt eher verwirrend, insbesondere, weil er spätestens ab dem nächsten Jahr immer nur mit sozusagen einem Sternchen gelesen werden kann, bei dem in der Fussnote erklärt wird, was nun ab welchem Jahr wie gemessen wird und wie entsprechend der Indikator interpretiert werden soll.

Das Ziel, dass 98 Prozent der Grundwasserfassungen die A8-Anforderung für Mikroverunreinigung erreichen, dieses Ziel ist kaum bis gar nicht in der nützlichen Frist, sprich bis 2030, zu erreichen. Das Ziel ist somit zu revidieren oder – besser – der Wirkungsindikator ist zu überarbeiten. Es reicht nicht, dass die Planwerte ab 2026, wie bereits gehört, massiv gesenkt werden. Wir unterstützen deshalb den Antrag der Grünen Partei.

Daniel Rensch (GLP, Zürich): Wir, die GLP, lehnen die beantragte Änderung des Wirkungsindikators ebenfalls ab, aber mit einer anderen Begründung als die SVP. Im Übrigen bin ich froh, Urs Wegmann, dass auch du als Landwirt dieses Wort, dieses Pestizid nicht genau aussprechen kannst – Chlorothalonil oder wie auch immer. Also der Wirkungsgrad W22 misst, welche Grundwasserfassungen die Anforderungen für Mikroverunreinigungen erfüllen, mit einem Ziel von 98 Prozent bis 2030. Das heisst: Zwei von 100 Grundwasserfassungen sollen oder können dieses Ziel nicht erreichen, 98 sollen das Ziel erreichen. Wegen verschärfter Bundesvorgaben, insbesondere zu Chlorothalonil und seinen Metaboliten, ist der Wert nun aktuell sehr schwer erreichbar. Aber ein Ändern oder sogar Abschwächen oder Relativieren des Indikators sendet das völlig falsche Signal, weil nicht der Indikator das Problem ist, sondern die Belastung des Grundwassers durch Pestizide

und auch durch Mikroverunreinigungen. Der Indikator ist sozusagen das Thermometer, und wenn das Fieber steigt, wird auch niemand ernsthaft vorschlagen, das Thermometer neu zu kalibrieren, statt die Ursache zu behandeln. Wer heute feststellt, dass 98 Prozent schwierig zu erreichen sind, muss über konsequenten Vollzug, muss über wirksame Reduktion von Pestizideinträgen diskutieren und über bessere Schutzkonzepte in den Einzugsgebieten. Bei dem schwer auszusprechenden Pestizid hat der Bundesrat reagiert, man hat dieses beispielsweise in der Landwirtschaft verboten. Aber es ist nicht sinnvoll, über die Kennzahl zu sprechen. Es ist für mich auch nach euren Ausführungen, liebe Kolleginnen von Grünen und SP, immer noch unklar, was ihr genau ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Gianna Berger (AL, Zürich): Die AL lehnt die Erklärung ab. Mit den neuen strengeren Vorgaben des Bundes zu Chlorothalonil bekommen wir ein ehrliches Bild davon, wie belastet unser Grundwasser ist. Genau dieses Abrutschen des Indikators ist kein Problem, es ist das notwendige Warnsignal. Wenn wir den Indikator jetzt anpassen, bevor wir überhaupt sehen, was die neuen Grenzwerte auslösen, entschärfen wir das Steuerinstrument im Gewässerschutz. Wir würden die Messlatte senken, bevor das Ergebnis sichtbar ist. Wir wollen aber sehen, wenn die Qualität sinkt. Wir wollen, dass der Indikator uns zwingt, über Massnahmen zu sprechen, und nicht, dass er politisch beruhigt. Darum lehnen wir ab. Ein Indikator, der nicht mehr warnt, ist nutzlos. Besten Dank.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): Ich bin Gemeindepräsident von Niederglatt und erlaube mir zum Thema Chlorothalonil ebenfalls noch das Wort zu ergreifen. Und Sie hören es, ich habe das Wort bereits mehrfach ausgesprochen *(der Votant konnte «Chlorothalonil» auf Anhieb korrekt aussprechen)*. Der Rat, finde ich, sollte sich einfach bewusst sein, dass ja bereits Massnahmen ergriffen sind. Und an den Vorredner der GLP möchte ich anschliessen, dass entscheidend ist, dass die Einträge vermindert werden. Das ist das A und O, und es bringt jetzt nichts, uns in eine gewisse Hysterie versetzen zu lassen. Es bringt auch nichts, jetzt unmittelbar Millionenbeträge für Sanierungen zu sprechen, wenn man danach nach ein, zwei Jahren festgestellt, dass diese Werte ohnehin aufgrund der verminderten Einträge oder abgestellten Einträge rückläufig sind.

Was mir auch noch wichtig ist, ist, die Relation einmal bildlich darstellen zu können: Die Gemeinde Niederglatt hat Wasser sowohl von Höri wie auch vom Zürichsee. Das Wasser von Höri ist leicht belastet, aber Sie können beispielsweise in Niederglatt täglich 2 Liter Wasser trinken und Sie haben dann

dieselbe Dosis, wie wenn Sie bei Migros oder Coop (*Schweizer Detailhandelsunternehmen*) eine Import-Papaya kaufen und 14 Gramm – einmal jährlich 14 Gramm –, einen Kaffeelöffel Papaya essen. Einfach, damit Sie diese Relation sehen: Täglich 2 Liter Wasser ein Jahr lang versus 14 Gramm Import-Papaya. So viel zum Verhältnis, über was wir eigentlich bei diesem Grenzwert sprechen. Besten Dank für die Kenntnisnahme.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach) spricht zum zweiten Mal: Besten Dank für diese Diskussion. Gerne eine Replik zu Urs Wegmann: Es ist nicht schön, diesen neuen Grenzwert als irrelevant abzutun. Ich denke, es ist wichtig, dass wir die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse aufnehmen und für die Bevölkerung dem Vorsorgeprinzip gerecht werden. Der Bund hat diese Grenzwerte deshalb angepasst, weil er sie neu wirklich als relevant einstuft, also eben diese neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse aufnimmt, und deshalb ist es wichtig.

Und zu Stefan Schmid: Es wird Jahrzehnte gehen, bis diese Werte im Boden abnehmen werden – er schüttelt den Kopf –, es wird Jahrzehnte gehen, bis diese Werte wieder abnehmen werden, wir haben die Böden so belastet in den letzten Jahrzehnten. Und damit müssen wir leben, damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt) spricht zum zweiten Mal: Also, geschätzter David Galeuchet, es liegt mir fern, wirklich fern, das Thema nicht ernst zu nehmen, aber deine Aussage stimmt nicht, sie stimmt nachweislich nicht. Bitte betrachte die Messwerte. Die Baudirektion macht einen grossen Effort, um diese transparent darzulegen. Du darfst auch gerne die Messwerte in Höri betrachten und du siehst erste Anzeichen, dass diese Werte rückläufig sind. Und es ist auch logisch, es ist keine Ewigkeitschemikalie. Und es ist auch logisch, dass aufgrund der Verbote, welche ausgesprochen werden, diese Werte nun bereits zurückgehen. Wie schnell dies der Fall sein wird, werden die nächsten Messwerte zeigen, aber sie gehen zurück.

Abstimmung über KEF-Erklärung 19

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 19 mit 119 : 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 8510, Altlasten

Leistungsgruppe 8700, Immobilienamt

Leistungsgruppe 8710, Liegenschaften Finanzvermögen

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Leistungsgruppe 8750, Liegenschaften Verwaltungsvermögen

KEF-Erklärung 21

Vorwärts mit der Kanti Zimmerberg

Antrag von Jonas Erni, Carmen Marty Fässler und Sibylle Jüttner:

Den Neubau der Kantonsschule Zimmerberg Austrasse in Wädenswil braucht es jetzt.

Jahr	Ist	Soll
P27	-4.5	-9.5
P28	-27.5	-39.5
P29	-32.5	-44.6

Daraus resultiert eine Verschlechterung von 29.1 Mio. Franken zum KEF 2024.

Jonas Erni (SP, Wädenswil): Bei dieser KEF-Erklärung geht es um mehr als um Zahlenkolonnen, es geht um politische Verlässlichkeit, um Planungssicherheit und ganz konkret um die Zukunft der Kantonsschule Zimmerberg. Auch wenn wir uns in der Adventszeit befinden, kann der Regierung in dieser Frage leider kein Kränzchen gewunden werden. Denn was wir bei der Investitionsplanung zur Kantonsschule Zimmerberg erleben, ist ein ausgeprägtes Hü und Hott. Projekte werden budgetiert, dann wieder verschoben, später vorgezogen, nur um schliesslich wieder hinausgeschoben zu werden. Dieses Hin und Her verzögert ein dringend notwendiges Investitionsvorhaben und untergräbt jede seriöse Planung. Die Folgen sind absehbar: Verzögerungen führen nicht zu Einsparungen, sondern zu Mehrkosten. Baupreise steigen, Provisorien müssen verlängert werden, und die betroffenen Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrpersonen zahlen den Preis in Form ungenügender Infrastruktur. Das ist weder effizient noch verantwortungsvoll. Darum fordern wir mit dieser KEF-Erklärung eine klare Beschleunigung der Investitionen gemäss der ursprünglichen Planung der Regierung für die Kantonsschule Zimmerberg. Bildung ist keine variable Grösse, die man je nach Finanzlage beliebig verschieben kann, sie ist eine zentrale Investition in die Zukunft unseres Kantons. Die gleichen Argumente gelten übrigens auch für das Bildungsprojekt in Uetikon, wo die Regierung kurzsichtig die Berufsschule, die Aula und die Mediathek aus dem Projekt gestrichen hat. Deshalb muss auch ich hier einmal mehr die schädliche Investitionspriorisierung scharf kritisieren. Notwendige Investitionen werden unnötigerweise aufgeschoben, während gleichzeitig auf der rechten Ratsseite Steuersenkungen gefordert werden, die die vermeintlich eingesparten Mittel sofort wieder auf-

fressen. Das ist kurzsichtig und gefährdet die langfristige finanzielle Stabilität unseres Kantons. Wer heute Investitionen blockiert und gleichzeitig den Steuerfuss senken will, handelt nicht nachhaltig. Wir brauchen Verlässlichkeit, klare Prioritäten und den Mut, in Bildung und Infrastruktur zu investieren. Ich bitte Sie deshalb, diese KEF-Erklärung zu unterstützen. Vielen Dank.

Peter Schick (SVP, Zürich): Ich erlaube mir jetzt, zu den noch vier KEF-Anträgen der Leistungsgruppe 8750 gleichzeitig zu sprechen, da sie mehr oder weniger das Gleiche beinhalten. Es sind die KEF-Anträge Nummern 21 und 23 bis 25, zwei KEF-Anträge sind bekanntlich zurückgezogen worden. Wir, die SVP, lehnen die genannten KEF-Erklärungen ab. Die SVP steht hinter dem Gesamtregerungsrat und dessen Entscheid mit der Priorisierungsliste. Der Regierungsrat weiss schon, was er macht, respektive hat seine Überlegungen wohl durchdacht. Der Kanton muss sparen und daher weniger Geld ausgeben, das ist eine Tatsache. Sein Auftrag ist es, die Kantonsfinanzen im Gleichgewicht zu halten. Dies wäre eigentlich auch unsere Aufgabe, aber bei gewissen Parteien ist das Wort «Sparen», glaube ich, ein Fremdwort, obwohl wir eigentlich auf die Finanzen schauen müssten. Aber eben, man will ja gut dastehen. Dass dies nicht jedermann passt, ist klar. Sparen ist immer eine unangenehme Sache, und dies auch noch seinen Wählerinnen und Wählern zu kommunizieren, erst recht.

Bei diesen vier noch übriggebliebenen KEF-Anträgen geht es im Grundsatz um das Gleiche, gewisse Bildungsbauten weiter zu planen oder auch Sanierungs- und Erweiterungen nicht zu stoppen. Frage an die Antragsteller: Sind diese ausgewählten Bildungsbauten so viel wichtiger als die nicht berücksichtigten? Ich denke, nein. Es sei gesagt, dass wegen der Priorisierung keine Schülerin und kein Schüler keinen Bildungsplatz finden wird, für alle wird es einen Platz geben.

Stimmen Sie mit der SVP und lehnen Sie diese KEF-Anträge ab und schenken dem Regierungsrat das Vertrauen in das, was er macht.

Simon Vlk (FDP, Uster): Ich spreche gleich zu allen KEF-Erklärungen der Leistungsgruppe 8750. Unsere Fraktion wird sämtliche kommenden KEF-Erklärungen ablehnen, da wir uns ganz grundsätzlich hinter die Priorisierungen des Regierungsrates stellen. Priorisierungen zu planen und auszuführen ist ein undankbarer Auftrag. Es ist keine Aufgabe, die einem leichtfällt. Dass die betroffenen Regionen enttäuscht oder gar zerknirscht sind über die Entscheidung des Regierungsrates, ist aus deren Perspektive nachvollziehbar. Doch selbst wenn die FDP für diesen Umstand ein gewisses Verständnis empfindet, müssen wir als Kantonsrat das ganze Bild anschauen. Ohne die

Aufnahme der Priorisierungen hätte sich die Schere zwischen den Investitionen und den verfügbaren Mitteln immer weiter geöffnet. Die Alternative zu den Priorisierungen wäre somit eine immer grösser werdende Finanzierungslücke gewesen, welche einen immer höheren Schuldenberg sowie immer teurere Schuldzinszahlungen zulasten der nächsten Generation zur Folge gehabt hätte. Die FDP dankt dem Regierungsrat, dass er Verantwortung übernommen hat für gesunde und vor allem nachhaltige Finanzen. Besten Dank.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): Auch ich werde gleich zu allen verbleibenden KEF-Anträgen 21, 23, 24 und 25 sprechen. Diese Anträge betreffen Neubauten, sie betreffen Erneuerungen, Sanierungen, Erweiterungen und Instandsetzungen von Schulen. Diese Projekte sind alle bereits schon aufgelegt, sie sind nötig und ihr Bedarf ist unbestritten. Aufgrund der Investitionspriorisierung wurden die Kosten für diese Schulen jedoch nicht nur aus dem Budget, sondern auch aus dem KEF entfernt. Das erweckt den Eindruck, als würden die Vorhaben nicht nur zeitlich verschoben, sondern vollständig aus der Planung entfernt. Im KEF, also in der Planung, sollten sie aber drinbleiben, und dies unbedingt.

Aus den Diskussionen, die wir geführt haben, ob diese Ausgaben im KEF abgebildet sein sollen oder nicht, wurde deutlich, dass es scheinbar keine Rolle spielte. Da möchten wir anregen, diese Praxis zu überdenken. Entweder wird am Arbeitsinstrument KEF festgehalten und wir nehmen es ernst, oder es wird eine alternative Methode zur langfristigen Projektplanung entwickelt. In diesem Sinne werden die Grünliberalen allen diesen vier KEF-Anträgen zustimmen und unterstützen so, dass die Projekte zu den Instandsetzungen von Schulen in der Planung sowie im KEF sichtbar verbleiben.

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Liebe Steuersenker-Turbos – und da richte ich mich auch an die GLP –, mit Ihrer Steuersenkungsstrategie verursachen Sie eben genau diese Finanzierungslücke, die das Problem ist. Werden die Steuern nicht gesenkt, kann jedes Jahr eine neue Mittelschule im Umfang der Mittelschule Zimmerberg gebaut werden. Eine Senkung von 1 Steuerprozent verhindert 80 Millionen Franken Einnahmen. Die Mittelschule Zimmerberg kostet 115 Millionen Franken. Jede Verzögerung kostet zusätzliches Geld, und Sparen bei der Bildung ist wohl das Dümme, was man machen kann. Die Grüne Fraktion unterstützt den Antrag, damit die Projektierungen endlich fortgesetzt werden.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Die Mitte steht klar hinter dem Ausbau der Bildungsinfrastruktur im Kanton Zürich. Wo der Bedarf ausgewiesen ist, sollen Schulhäuser gebaut werden. Dabei müssen natürlich längerfristige

Prognosen der Schülerinnen- und Schülerzahlen ebenso berücksichtigt werden wie die Anforderungen moderner Lehr- und Lernformen. Auch für die Region Zimmerberg ist der Bedarf ausgewiesen und wir stehen grundsätzlich dahinter. Damit verbunden sind Vorteile kurzer Schulwege sowie Entlastungen im öffentlichen Verkehr.

Gleichzeitig stehen wir für eine ausgewogene und verlässliche Investitionsplanung. Der Kanton Zürich steht vor zahlreichen grossen Bauvorhaben im Bildungsbereich, deshalb ist deren Priorisierung unerlässlich. Auch wenn es uns in einzelnen Fällen schwerfällt, einzelne Projekte wie die Kantonsschule Zimmerberg vorerst zurückzustellen, erachten wir die vom Regierungsrat vorgenommene Priorisierung grundsätzlich als sachgerecht. Aus diesen Gründen unterstützt die Mitte die KEF-Erklärung nicht. Es ist jedoch keine Absage an die Kantonsschule Zimmerberg, wir erwarten gern den entsprechenden Objektkredit. Besten Dank.

Tobias Mani (EVP, Wädenswil): Ich spreche zur Kantonsschule Zimmerberg: Die Planung und die Projektierung laufen, das ist erfreulich, aber ist politisch alles auf Kurs? Wir haben Bedenken, es wird nun wieder gebremst und es bestehen Unklarheiten. Der Projektierungskredit ist gesprochen, es kann vorwärtsgehen, und das soll auch im KEF abgebildet sein.

Jetzt kommt wieder diese Investitionspriorisierung. Diese ist, kurz gesagt, einfach eine «Pain». Sie ist intransparent und der Kanton tritt nicht verlässlich auf. Zur Erinnerung: Das Ganze ist ja sehr intransparent gestartet. Im September 2024 musste ich eine dringliche Anfrage einreichen, «Transparenz bei der Verzögerung von Investitionsvorhaben ab 2025» (KR-Nr. 298/2024). Nach einigen Wirrungen kamen dann die Listen des Regierungsrates ans Tageslicht, und es kam auch ans Tageslicht, dass es um die Kantonsschule Zimmerberg, die ja schon einige Zeit im Provisorium betrieben wird, nicht so gut bestellt ist. So habe ich dann im November 2024 eine breit abgestützte Anfrage eingereicht, «Keine weiteren Verzögerungen bei der Kantonsschule Zimmerberg» (KR-Nr. 377/2024). Wir haben Druck gemacht, denn eine nochmalige Verzögerung macht keinen Sinn. Das Provisorium ist bereits voll und auch die weiteren angemieteten Flächen reichen nicht mehr lange. Das Ganze verursacht nur Probleme und kostet am Schluss des Tages mehr.

Mitte Mai 2025 kam die erfreuliche Mitteilung: Der Regierungsrat hat eine Ausgabe von 14,9 Millionen Franken für die Projektierung des Neubaus der Kanti Zimmerberg in Wädenswil beschlossen. Ich war sehr erleichtert und erfreut, es geht nun vorwärts, vielen Dank, lieber Regierungsrat. Jetzt ist wieder unklar, was läuft. Auf jeden Fall besteht kein Grund, nach der Bewilligung des Projektierungskredits nun wieder abzubremsen und zu verzögern.

Das restliche Areal ist inzwischen weitgehend gebaut, viele sind bereits in die Wohnungen eingezogen, nur das Baufeld für die neue Kantonsschule liegt brach. Dabei hätte der Neubau ursprünglich 2028 eröffnet werden sollen. Als EVP unterstützen wir die KEF-Erklärung.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Auch in dieser Leistungsgruppe haben wir wieder diverse Projekte – und es sind nicht nur einzelne –, die einfach auf irgendwann aufgeschoben werden. Von der Regierung werden wir immer weiter vertröstet, dass es ja im nächsten Jahr wieder neu geprüft werde, während die Druckwelle der anstehenden Investitionen wächst und wächst. Am Ende müssten wir diese dann über eine höhere Verschuldung des Kantons bezahlen, da der Kantonsrat auch noch der Meinung ist, hier einfach mit den Steuern runterzugehen.

Wir von der AL sind klar anderer Meinung. Es kann nicht angehen, dass nicht nur einzelne Projekte, sondern eine Vielzahl einfach weiter vom Regierungsrat vor sich hergeschoben werden; wie ein Kind, wenn man es darum bittet, sein Zimmer bitte endlich einmal aufzuräumen. Auch es findet x Gründe, diese Aufgabe vor sich herzuschieben und später zu machen. Entsprechende KEF-Erklärungen aus dem letzten Jahr wurden dann vom Regierungsrat auch einfach ignoriert. Es gibt fertige Projekte, die sich einfach im KEF nicht wiederfinden beziehungsweise unter der Ausrede des Priorisierungsprogramms dort nicht aufgeführt werden. Dies ist einfach nur intransparent und erweckt auch den Eindruck von Willkür. Der KEF ist das Instrument der Wahl für die Planung und daher sind die Projekte dementsprechend hier aufzuführen. Die AL wird allen KEF-Erklärungen in dieser Leistungsgruppe zustimmen.

Regierungspräsident Martin Neukom: Sie kennen die Investitionspriorisierung der Regierung, ich muss das nicht nochmals darlegen. Die Investitionspriorisierung ist das neue Steuerungsinstrument der Regierung für die gesamten Investitionen, also nicht nur die Hochbauten, sondern alle Investitionen zusammen, und diese Investitionspriorisierung wird jährlich aktualisiert. Das heisst, Projekte, die abgeschlossen sind, fallen logischerweise raus, und es können neue Vorhaben aufgenommen werden. Die Regierung will deshalb nicht mit solchen KEF-Erklärungen dieser Investitionspriorisierung des nächsten Jahres schon vorgreifen und lehnt diese Projekte daher ab. Ich kann das gleich für alle KEF-Erklärungen so hier klarstellen, die Regierung lehnt alle KEF-Erklärungen ab.

Aber etwas möchte ich jedenfalls noch klarstellen: Es wurde vereinzelt gesagt, dass nicht gearbeitet werde, beispielsweise am Zimmerberg. Das

stimmt nicht. Wir arbeiten zurzeit intensiv an der Projektierung der Kantonschule Zimmerberg, die Arbeiten laufen. Nur weil das noch nicht im KEF eingestellt ist, heisst das nicht, dass wir nicht daran arbeiten. Wir arbeiten auch daran, weil wir zuversichtlich sind, dass die Kantonsschule Zimmerberg in einem künftigen KEF, in einer künftigen Priorisierung, eine genügend gute Priorisierungszahl erhalten wird, dass sie in den KEF aufgenommen werden kann.

Also zur Wiederholung: Der Regierungsrat lehnt alle entsprechenden KEF-Erklärungen in dieser Leistungsgruppe ab. Besten Dank.

Abstimmung über KEF-Erklärung 21

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 21 mit 87 : 86 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 8750, Liegenschaften im Verwaltungsvermögen

KEF-Erklärung 22

Erweiterung und Instandsetzung der Berufsschule Bülach (BSB)

Antrag von Wilma Willi:

Die Erweiterung und Instandsetzung der Berufsschule Bülach soll plangemäss umgesetzt werden. Dazu ist ein Anteil von 15 Mio. Franken des Gesamtkredites in den KEF aufzunehmen.

	P27	P28	P29
Alt	0	0	0
Neu	-1	-4	-10

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Ich unterrichtete seit dem Jahr 2000 an der Berufsschule Bülach (BSB). Bereits 2001 schrieb die NZZ, die Berufsschule Bülach werde bis 2007 ein neues Schulhaus erhalten. Heute ist die Situation noch immer unverändert. Die 445 Quadratmeter provisorischen Schulzimmer bestehen seit 25 Jahren, drei weitere Provisorien sind hinzugekommen. Der Unterricht ist auf drei Standorte verteilt und Lehrpersonen müssen zwischen den Lektionen die Schulhäuser wechseln, deshalb wird dringend eine Erweiterung benötigt. Für die rund 500 KV-Lernenden sowie die 650 Elektroinstallateurinnen und -installateure, die gemäss Bildungsratsbeschluss seit 2020 nach Bülach kommen, ist die Situation äusserst beengt. Bei der Priorisierung müssen wir kritisch hinschauen. Und dort, wo es bitter nötig ist, müssen die Erweiterung und die Instandsetzung so bald als möglich in Angriff genommen werden. In der LSI-Debatte (*Langfristige strategische Immobilienplanung, Vorlage 6041*) vor einer Woche haben wir vernommen, der Bedarf sei gesenkt worden. Der Bedarf an der Berufsschule Bülach kann jedoch

nicht gesenkt werden, denn enorme finanzielle Mittel werden derzeit allein für den Unterhalt verschlungen. Einige Beispiele: Die Instandsetzungsmassnahmen sollten mit der höchsten Priorität behandelt werden. An drei Stellen dringt momentan Wasser ein, und die Kosten für die Behebung sind noch nicht abschätzbar. Zweitens: Die provisorischen Bauten haben ihr Lebensende erreicht. Sie verursachen einen enormen Heizaufwand und weisen eine hohe Störanfälligkeit auf. Jede Verzögerung erhöht die Kosten für Unterhalt, Energie und Übergangslösungen deutlich.

Die Berufsschule Bülach hat zwei wichtige Schulkommissionsmitglieder hier im Rat, die Präsidentin, Frau Doris Meier, FDP, und den Vizepräsidenten, Rochus Burtscher, SVP. Beide für die Berufsschule wichtigen Persönlichkeiten geben Ihnen sicherlich gerne weitere Auskünfte zum Zustand der Berufsschule Bülach. Und Peter Schick, Bülach ist nicht wichtiger, aber Bülach ist dringlicher. Bitte überweisen Sie die KEF-Erklärung.

Roger Schmutz (SP, Wettswil a. A.): Letzte Woche hat jemand von der gegenüberliegenden Ratsseite einen Betrag von 50 Millionen Franken als eine Kleinigkeit bezeichnet; ich weiss nicht mehr, wer das war – leider. Wir reden hier von einem noch viel kleineren Betrag, wir reden hier von 15 Millionen Franken, verteilt auf drei Jahre. Und normalerweise sind Sie es von der gegenüberliegenden Ratsseite, die immer wieder in Erinnerung rufen: Auch Kleinvieh macht Mist. Aber jetzt hier diesen Betrag aus dem KEF zu streichen, das wäre «penny-wise and pound-foolish», also am falschen Ende gespart. Wenn die Instandsetzung der Schule Bülach nicht bald vorangetrieben wird, dann verschlechtert sich der Zustand noch weiter und alles wird viel teurer. Und so haben wir dann am Ende den grossen Mist. Die Situation ist unhaltbar, Handlungsbedarf ist aufgezeigt, die Planung ist schon weit fortgeschritten. Es steht also nichts im Weg, diesen Betrag in den KEF aufzunehmen. Ich bitte Sie darum.

Doris Meier (FDP, Bassersdorf): Ich starte mit meinen Interessenbindungen, obwohl Wilma Willi sie schon vorweggenommen hat: Ich bin Schulkommissionspräsidentin der Berufsschule Bülach und kenne den Zustand der Anlage Schwerzgrueb und den schon lange bestehenden Bedarf an Erweiterung und Sanierung sehr genau. Und wegen der Ratseffizienz nehme ich es vorweg, ich spreche für die SVP- und die FDP-Fraktion: Der KEF zeigt die Planung des Regierungsrates, aber er ersetzt weder politische Entscheidung noch den Kreditbeschluss. Der notwendige Kredit für die Erweiterung und Sanierung kommt regulär in den Kantonsrat und die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren. Eine KEF-Erklärung schafft weder

Tempo noch zusätzliche Verbindlichkeit, sie würde einzig die bestehende Priorisierungsthematik infrage stellen.

Der Regierungsrat hat alle Bauvorhaben in einer Gesamtschau priorisiert, um finanzielle Stabilität zu sichern. Wir sind nicht mit jedem Punkt einverstanden, aber eine glaubwürdige Finanzpolitik braucht klare Regeln. Wenn wir beginnen, einzelne Projekte im KEF hochzustufen, öffnen wir Tür und Tor für Ausnahmen, das ist nicht verantwortungsvoll. Die Schulkommission der BSB setzt sich seit Jahren für die Sanierung und Erweiterung ein. Die Jurierung des Siegerprojekts in diesem Jahr war ein wichtiger Meilenstein für die BSB. Die Schulkommission wollte es nach dem Priorisierungsentcheid des Regierungsrates genau wissen und hat bei Regierungsrätin Silvia Steiner nachgefragt. Ihre Antwort ist klar: Die Mängel seien bekannt und würden ernst genommen. Und die Planung gehe weiter, der Kreditbeschluss soll Anfang 2026 dem Regierungsrat beantragt werden. Und wir wissen alle auch, dass Projekte oft Verzögerungen haben, etwa durch Einsprachen. Dadurch entsteht regelmässig finanzieller Spielraum – ganz ohne Eingriff in den KEF.

Liebe Wilma Willi, herzlichen Dank für dein Engagement für die BSB, aber aus heutiger Sicht ist diese Erklärung nicht notwendig, die Fraktionen der SVP und FDP lehnen ab.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Da ich persönlich angesprochen wurde, melde ich mich trotzdem, meine Interessenbindung: Vizepräsident der Berufsschule Bülach. Mit euren früheren Anfragen habt ihr jeweils eine zeitliche Verzögerung in Gang gesetzt, was sich damals ungünstig auf die Weiterentwicklung der Berufsschule Bülach auswirkte. Aber wenn man beratungsresistent ist, okay, aber dann bitte nicht jammern. Doris Meier hat es klar und eindeutig erklärt, aber damit es in den Worten der Grünen verständlicher ist, sage ich es gerne nochmals: Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht. Die Priorisierung war okay, und nein, die Planung der Berufsschule ist auf Kurs. Hört doch eurem Baudirekter Neukom zu. Danke, wenn Sie die KEF-Erklärung 23 ablehnen und die Schulkommission und die Baudirektion ihren Job machen lassen.

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Diese Diskussion zeigte eigentlich die Bankrotterklärung aller Planungen. Wenn wir einen KEF-Antrag immer mit der Begründung ablehnen, es werde ja das nächste Jahr vom Regierungsrat ohnehin bewilligt, warum machen wir denn eine solche Übung? Dann müssen wir die ganzen KEF-Erklärungen abschaffen. Und die Regierung soll eine klare Strategie verfolgen, aber nicht so ein Wischiwaschi. Nicht im KEF und trotzdem bewilligen, das geht nicht.

Wilma Willi (Grüne, Stadel) spricht zum zweiten Mal: Tun Sie bitte etwas für die duale Bildung. Die Geringschätzung, wie wir sie eben heute wieder erleben, und die Geringschätzung, mit der Sie, geschätzte Bürgerliche, die berufliche Grundbildung behandeln, und wie Sie – mir nichts, dir nichts – die zurückgestellten Projekte durchwinken, erstaunt und enttäuscht. Wenn es darum geht, die nötigen Ressourcen bereitzustellen, verschliessen Sie die Augen und verweigern die nötigen Mittel. Sie sparen auf Kosten der Jugendlichen, die Tag für Tag die Zukunft unseres Kantons und unseres Landes aufbauen.

Und Herr von Euw, schön, dass Sie sich heute Morgen so ausdrücklich für die Bildung ausgesprochen haben, ich hoffe auf Ihre Unterstützung. Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, tun Sie heute etwas für die Berufsbildung und stimmen Sie der KEF-Erklärung zu. Die Lehrpersonen und Lernenden der Berufsschule Bülach danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Paul von Euw (SVP, Bauma): Geschätzte Frau Willi, es geht nicht darum, gegen die Bildung zu sein, überhaupt nicht. Mir wurde schon in der vorherigen Diskussion vorgeworfen, wir würden in der Bildung sparen. Ich glaube, vergangene Woche hat das Herr Bourgeois sehr klar ausgedrückt, dass wir nicht sparen, sondern nur weniger mehr ausgeben wollen. Es geht darum, ja, das ist ein grosser Unterschied. Wenn die Bildungskosten explodieren, die Resultate international jedoch nicht mehr genügen, dann haben wir ein Problem, wir müssen in der Bildung das Geld ausgeben. Leider haben wir aber nicht mehr so viel Geld, wie auch wir gerne hätten, weil wir die Priorisierungen ganz falsch setzen. Ich habe es vorhin gesagt, ein Kilometer Veloweg kostet fast 8 Millionen Franken, dafür könnten wir sehr, sehr viel in die Bildung investieren. Wir geben das Geld am falschen Ort aus. Die Ausgaben des Kantons Zürich wachsen Jahr für Jahr. Und da müssen wir die Priorisierung richtig setzen, da gebe ich Ihnen recht. Eigentlich bräuchte es, wenn wir hier drinnen unter dem Jahr vernünftig arbeiten würden, gar keine Priorisierungsliste (*Zwischenruf*). Ja, das ist so, Herr Forrer, wir bräuchten keine Priorisierungsliste. Für Sie wächst das Geld auf den Bäumen. Und wir schauen mit Reduktionen bei unvernünftigen Projekten, dass wir später auch wieder in die Bildung investieren können. Halten Sie uns nicht vor, wir seien gegen die Bildung. Unsere Seite bildet 80 Prozent der jungen Leute in einer Berufsbildung aus. Hauptsächlich sind das die Lehrstellen, die die bürgerliche Seite erstellt. Danke.

Abstimmung über KEF-Erklärung 23

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 23 mit 87 : 86 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 8750, Liegenschaften Verwaltungsvermögen

KEF-Erklärung 24

Neubau Wohn- und Mittagsgruppengebäude des Zentrums für Gehör und Sprache in Zürich

Antrag von Thomas Schweizer:

Der Neubau Wohn- und Mittagsgruppengebäude des Zentrums für Gehör und Sprache in Zürich soll plangemäss realisiert werden. Dazu sind 16.5 Mio. in den KEF aufzunehmen.

	P27	P28	P29
Alt	0	0	0
Neu	-4	-6	-6.5

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Das Zentrum für Gehör und Sprache Zürich in Wollishofen ist das Kompetenzzentrum für Kinder und Jugendliche mit einer Hör- und Sprachbeeinträchtigung. Aktuell zählt die Organisation rund 150 Mitarbeitende, Fachspezialistinnen und Fachspezialisten, die für über 400 Kinder und Jugendliche im Einsatz sind. Das Zentrum für Gehör und Sprache ist eine selbstständige Anstalt des Kantons Zürich, es soll mit einem Neubau ergänzt werden. Die Grösse der Räume entspricht heute nicht mehr den Anforderungen des Kinder- und Jugendschutzgesetzes, welches vor einigen Jahren revidiert wurde. Ein Wettbewerb für den Neubau des Wohn- und Mittagsgruppengebäudes wurde vor gut einem Jahr ausgeschrieben und im Frühling 2024 ausgelobt. Gemäss Medienmitteilung des Regierungsrates soll dem Kantonsrat nun ein bewilligungsfähiges Bauprojekt vorgelegt werden, wir warten immer noch darauf. Geplant ist für das Projekt ein Gesamtbetrag von 24,5 Millionen Franken. Mit dem Zurückstellen wird einfach ein Problem hinausgeschoben und die Kosten werden so den Verantwortlichen der nächsten Legislatur aufgebürdet. Bitte unterstützen Sie die KEF-Erklärung.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): Die Kinder und Jugendlichen, die im Zentrum für Gehör und Sprache betreut und unterrichtet werden, dürfen nicht länger Platznot haben. Sie benötigen Räume, die dem Kinder- und Jugendheimgesetz entsprechen. Die SP unterstützt diese KEF-Erklärung. Das Siegerprojekt eines Wettbewerbs – wir haben es gehört – liegt seit 2024 vor. Der Neubau der Wohn- und Mittagsgruppen soll den Kindern mit einer Hör- und Sprachbeeinträchtigung eine geeignete Umgebung bieten, und dies so

bald wie möglich. Beengte Raumverhältnisse sind für Schülerinnen und Schüler sowie Personal höchst ungünstig. Die nötigen Mittel sind in den KEF 2026 bis 2029 aufzunehmen.

Abstimmung über KEF-Erklärung 24

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 24 mit 87 : 86 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 8750, Liegenschaften Verwaltungsvermögen

KEF-Erklärung 25

Instandsetzung Schulen

Antrag von David Galeuchet:

Die Planung der Instandstellungen der Berufs- und Kantonsschulen werden in die KEF-Periode bis 2029 vorgezogen.

Objekte:

Winterthur, Berufsbildungsschule, Gesamtinstandsetzung

Jahr	Ist	Soll
P27	-0.0	-1.0
P28	-0.0	-1.0
P29	-0.0	-1.0

Bülach, Kantonsschule Zürcher Unterland, Gesamtinstandsetzung

Jahr	Ist	Soll
P27	-0.0	-1.0
P28	-0.0	-1.0
P29	-0.0	-1.0

Urdorf, Kantonsschule Limmattal, Gesamtinstandsetzung

Jahr	Ist	Soll
P27	-0.0	-1.0
P28	-0.0	-1.0
P29	-0.0	-1.0

Insgesamt -9 Mio. CHF

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Die Gesamtsanierung der Kantonsschule Limmattal in Urdorf, der Kantonsschule Unterland in Bülach sowie der Berufsbildungsschule Winterthur wurden aufgrund der Priorisierung des

Regierungsrates zurückgestellt. Dabei handelt es sich um Gebäude, die zwischen 1971 und 1980 erstellt wurden, also um Bauten, die längst in die Jahre gekommen sind. Ein Beispiel aus Bülach zeigt besonders deutlich auf, wie ernst die Lage ist. Dort läuft das Wasser vom Flachdach des Foyers in den Physiktrakt hinüber und greift die Bausubstanz an. Die Schule wurde 1978 eingeweiht. 2019 wurden zwar Mensa und Aula erneuert, doch das Hauptgebäude selbst hat bis heute keine umfassende Sanierung erfahren. Wenn Wasser in ein Gebäude eindringt, ist das keine Bagatelle. Die Substanz muss erhalten werden, denn wenn erst einmal Schäden entstehen, steigen die Kosten massiv an. Der Zustand dieser Liegenschaft ist besorgniserregend. Ein immer weiteres Aufschieben der Gesamtsanierung führt zu Flickwerk, zu anhaltendem Substanzverlust und am Ende zu deutlich höheren Ausgaben für den Kanton. Das ist weder nachhaltig noch wirtschaftlich noch verantwortungsbewusst. Lassen Sie uns deshalb die Planung – es geht nur um die Planung –, lassen Sie uns deshalb die Planung dieser längst fälligen Sanierung zeitnah an die Hand nehmen. Wer jetzt investiert, spart in der Zukunft und sorgt dafür, dass unsere Schulen sicher, funktional und langfristig erhalten bleiben. Besten Dank für die Unterstützung dieser KEF-Erklärung.

Roger Schmutz (SP, Wettswil a. A.): Kurz: Wie vorhin schon gesagt, handelt es sich hier um dasselbe Thema. Der Zustand der Liegenschaften ist besorgniserregend. Das ständige Aufschieben notwendiger Sanierungen führt zu Flickwerk und Substanzschäden. Das führt letztlich zu höheren Kosten. Die Planungen sollten vorangetrieben werden. Bitte nehmen Sie diesen Posten in den KEF auf.

Simon Vlk (FDP, Uster): Wir sind bereits bei der letzten KEF-Erklärung der Leistungsgruppe 8750, deshalb noch folgendes Grundsätzliches: Dass Links-Grün dauernd von Kaputtsparen spricht, steht doch etwas schräg in der Landschaft in Anbetracht der Tatsache, dass der Kanton über die nächsten Jahre einen Betrag von rund 7,6 Milliarden Franken für Investitionen ausgeben wird. Zudem wurden letzte Woche im Rahmen der LSI-Debatte mehrere Beispiele über die negativen Konsequenzen von ausbleibenden Priorisierungen ausgeführt. Schauen wir zum Beispiel, wo sich die Stadt Zürich hineinmanövriert hat: In Ermangelung des Willens der dortigen politischen Mehrheiten, Investitionen zu beschränken und zu priorisieren – übrigens mit den genau gleichen Argumenten wie hier drin im Rat –, wird erwartet, dass sich die städtischen Schulden in den nächsten Jahren auf bis zu 16 Milliarden Franken erhöhen. Und genau das will die FDP für unseren Kanton eben nicht. Aus unserer Sicht ist es schlicht und einfach unsozial, dass die nächste

Generation der Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher von der jetzigen Generation vor allem Schulden erben soll, und zwar so hohe Schulden, dass sie kaum mehr eigene Investitionsmittel zur Verfügung haben wird. Die FDP möchte nicht, dass die nächste Generation im Kanton Zürich wegen politischer Entscheide von uns hier im Kantonsrat einen Schuldenberg erbt. Wir möchten, dass die nächste Generation frei entscheiden kann, wo und in was sie investiert, ohne dass sie finanziell aufgrund einer Larifari-Investitionspolitik eingeschnürt ist. Deshalb braucht es die Priorisierungen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach) spricht zum zweiten Mal: Herr Vlk, ich kann Sie einfach nicht verstehen. Entweder haben Sie die Schulden in den Büchern oder Sie haben sie in den Gebäuden. Wenn es um Sanierungen an Gebäuden geht, ist es wichtig, dass wir diese regelmässig vornehmen, sonst geben wir die Schuld auch der nächsten Generation weiter, indem sie diese Gebäude früher oder später abreißen und neu bauen muss, weil wir die Sanierung verpasst haben.

Abstimmung über KEF-Erklärung 25

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 25 mit 87 : 86 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 8800, Amt für Landschaft und Natur

24a. Minderheitsantrag von Jasmin Pokerschnig, Gianna Berger, Harry Robert Brandenberger, Rafael Mörgeli, Birgit Tognella-Geertsen (WAK):

Budgetkredit Erfolgsrechnung

Verschlechterung: Fr. -300'000

Wir fordern zwei zusätzliche Stellen, weil die Komplexität der Projekte zugenommen hat und dadurch der Natur- und Heimatschutzfonds nicht ausgeschöpft wurde.

Marcel Suter (SVP, Thalwil), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Eine Minderheit der WAK aus Grünen, AL und SP will das Budget um 300'000 Franken verschlechtern und fordert zwei zusätzliche Stellen beim Amt für Landschaft und Natur, mit der Begründung, dass die Komplexität der Projekte zugenommen haben soll und dadurch der Natur- und Heimatschutzfonds nicht ausgeschöpft wurde. Eine Mehrheit von SVP, FDP, GLP, Mitte und EVP lehnt diesen Antrag ab.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Der Natur- und Heimatschutzfonds wurde nicht ausgeschöpft, obwohl wir nach wie vor grossen Aufholbedarf bezüglich Biodiversität und Naturschutz haben. Die Komplexität der Projekte hat zugenommen. Es wird häufiger gegen Projekte rekurriert und es ist festzustellen, dass sich vermehrt eine gewisse Obstruktionspolitik breit-macht. Zwei zusätzliche Stellen sollen helfen, der wachsenden Komplexität gerecht zu werden und Projekte voranzubringen. Damit es bei der Biodiversität und dem Naturschutz vorangeht, bitte ich Sie, dem Antrag von 300'000 Franken beziehungsweise zwei zusätzlichen Stellen zuzustimmen. Überlassen wir das nicht der nächsten Generation, sondern der heutigen.

Markus Bopp (SVP, Otelfingen): Die SVP/EDU-Fraktion lehnt diesen Budgetantrag mit der verbundenen Verschlechterung des Budgets um 300'000 Franken ab. Die Aufwände für den Naturschutz im Kanton Zürich sind schon sehr hoch. Wir sind nicht gegen den Naturschutz. Ob das Geld nur wegen der Komplexität der Projekte nicht aus dem Natur- und Heimatschutzfonds ausgeschüttet werden kann, das ist jetzt nicht ganz klar. Naturschutz ist wichtig. Ob eine Fläche aber ein Jahr früher oder später renaturiert wird, hat aus unserer Sicht keine zeitliche Dringlichkeit, und aus diesem Grund lehnen wir diesen Antrag ab.

Ich möchte noch einen kurzen Hinweis an die links-grüne Ratsseite machen: Sie haben im Frühling 2025 die Umweltverantwortungsinitiative unterstützt. Diese Initiative hätte zur Folge gehabt, dass wir das BIP in der Schweiz um 75 bis 90 Prozent hätten senken müssen. Der Kanton Zürich hätte jetzt im ersten Jahr – wir haben schon ein Jahr durch – schon 16 Milliarden Franken an BIP senken müssen. Und jetzt kommen Sie im Herbst und sagen «wir brauchen mehr Geld vom Staat». Im Frühling haben Sie eine Volksinitiative unterstützt, die die Schweiz nachweislich in die Armut gebracht hätte. Das war ein Spiel mit dem Feuer. Sie konnten froh sein, dass das Volk das mit 70 Prozent abgelehnt hat. Aber aus meiner Sicht macht es keinen Sinn, im Frühling eine Volksinitiative zu unterstützen, die die Schweiz fast verarmt hätte, und jetzt im Herbst dann Stellen für Naturschutz und Umweltschutz et cetera zu fordern. Für mich geht diese Rechnung nicht auf.

Ich komme zum Anfang zurück: Den Antrag auf die geforderten zwei Stellen, den lehnen wir ab.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): Doch, es braucht weitere Stellen. Der Zustand der Biodiversität in der Schweiz ist besorgniserregend, der Anteil an gefährdeten Arten ist hoch. Im Kanton Zürich ist der Bedarf nach rascher Umsetzung des Naturschutzgesamtkonzeptes gross, wir unterstützen diesen

Antrag. Um die Artenvielfalt im Kanton Zürich zu erhalten, braucht es hochkomplexe Projekte und genügend Personal. Vor der Steuerfussdebatte zur Welt der kleinen Dinge, oder sind es doch die grossen Dinge? Der Weltuntergang beginnt nach Franz Hohler (*Schweizer Schriftsteller, Kabarettist und Liedermacher*) mit dem Verschwinden eines Käfers. Nicht, dass ich den Weltuntergang heraufbeschwören möchte, aber jede Art ist von unschätzbarem Wert, ein Artenverlust ist gravierend. Das Bestmögliche dagegen ist von allen, die darauf Einfluss nehmen können, dies zu tun, unter anderem ist das der Kanton Zürich. Zu nennen wäre hier der Schutz der Holzrüssler in den alten Eichenbeständen in der Chalberhau bei Rümlang oder die Förderung des Gelbringfalters am Tössstock oder am Albis. Der Gelbringfalter ist ein Schmetterling und gehört zu den am stärksten gefährdeten Tierarten des Kantons Zürich. Weil sich die Waldnutzung verändert hat, beschränkt sich heute sein Vorkommen auf ungefähr 15 Populationen im Kanton Zürich, wahrscheinlich die letzten im gesamten Mittelland. Die Förderung des Gelbringfalters ist ein Natur- und Heimatschutzfonds-Projekt. Ein Aktionsplan gegen das Aussterben einer Art ist sehr spezifisch. Es gilt, rasch gute Lebensbedingungen zu schaffen. Massnahmenplanung, Umsetzung, Nachpflege und Erfolgskontrollen sind personalaufwendig. Stimmen Sie bitte diesem Budgetantrag zu. Danke.

Christian Müller (FDP, Steinmaur): Während der Beratung dieses Antrags hat sich die Verwaltung auch zur Effizienzsteigerung geäussert. Hier hat mich eine Aussage sehr aufmerksam gemacht, und die lautete: «Insgesamt hat die Digitalisierung das Leben in der Verwaltung digitaler, aber nicht einfacher gemacht.» Für den Kunden, also für den Bürger, ist das in vielen Bereichen genauso, das ist ein generelles Problem. Die Digitalisierung wird hochgefahren, ohne ein klares Ziel der Effizienzsteigerungen, des Kundennutzens zu haben, im Gegenteil, oft wird mit der Digitalisierung noch zusätzlicher Aufwand verursacht.

Zum Antrag selbst: Auch dies ist ein Antrag, den wir in irgendeiner Form jedes Jahr beraten. Aber wie die Verwaltung ebenfalls jedes Jahr erläutert, kann man in diesen Disziplinen Probleme nicht mit punktuellen Personalaufstockungen lösen. Es ist aber eine Tatsache, dass immer mehr Projekte budgetiert werden als tatsächlich umgesetzt werden können, das hat wie immer verschiedene Gründe, und verschiedene Faktoren führen hier zu dieser Situation. Deshalb kann oft Geplantes nicht in dem dafür vorgesehenen Zeitfenster auch realisiert werden. Deshalb braucht es hier keine zusätzlichen Stellen. Wir lehnen den Antrag ab.

Stephan Hegetschweiler (GLP, Zürich): Die GLP stimmt auch bei diesem Antrag für ein ausbalanciertes Budget und für den Vorschlag der Regierung. Die Begründung ganz kurz: Wir anerkennen, dass komplexere Fragestellungen auf das Amt für Landschaft und Natur zukommen werden. Zum einen wurde jedoch in der letzten Periode bereits ein Projektleiter für Naturschutzprojekte angestellt. Zum anderen, etwas in die Zukunft blickend, ist in der Personalplanung des Amtes unmittelbar kein Ausbau prognostiziert, deshalb ist jener Ausbau für das Budget 2026 nicht opportun. Und somit lehnt die GLP den Antrag ab.

Gianna Berger (AL, Zürich): Die Natur- und Heimatschutzfondsverordnung ist klar: Der Kanton kann Projekte fördern, er will Projekte fördern und er finanziert sie auch. Aber er kann es nur, wenn genügend Kapazitäten vorhanden sind, um die Gesuche auch zu prüfen, zu begleiten und umzusetzen, und genau dort klemmt es. Wir haben einen Fonds, der jedes Jahr Millionen bereitstellt, um Biodiversität und Landschaftsschutz zu sichern. Doch wie wir aus der Vollzugspraxis sehen, werden diese Mittel schlicht nicht ausgeschöpft; nicht weil die Projekte fehlen, sondern weil die Komplexität der Verfahren gestiegen ist, Abklärungen, Fachgutachten und so weiter. Wenn wir diese Aufgaben ernst nehmen – und ich hoffe, das tun wir alle –, brauchen wir das Personal dazu. Es ist sozial und umweltpolitisch absurd, wenn Gelder für öffentliche Güter bereitliegen, der Verlust von Lebensräumen aber weitergeht, nur weil das Amt nicht genügend Hände hat. Zwei zusätzliche Stellen sind kein Luxus, sondern die Grundbedingung dafür, dass wir überhaupt tun können, was geplant ist und was die Bevölkerung zu Recht erwartet. Unterstützen Sie darum den Antrag. Vielen Dank.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ist das enttäuschend oder ernüchternd! Sie haben nicht einmal irgendein tatsächliches Argument gegen diese 300'000 Franken. Ich höre «Digitalisierung», ich höre von einer Volksinitiative, aber ein wirkliches Argument bringen Sie nicht vor. Sie sind einfach dagegen, damit Sie dagegen sind, das ist alles. Mehr kann ich nicht verbuchen, es tut mir leid.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Auch von mir noch eine kleine Ergänzung an die Adresse von Christian Müller: Sie haben ja gesagt, diesen Antrag gebe es jedes Jahr, und darauf gehofft, dass die Leute so ein kurzes Gedächtnis haben. Ich bin die Budget-Esel (*Antragsliste*) der FIKO der letzten paar Jahre durchgegangen, es gab keinen solchen Antrag (*Heiterkeit*).

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag 24a mit 116 : 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 8910, Natur- und Heimatschutzfonds

Leistungsgruppe 8930, Mehrwertausgleichsfonds

Leistungsgruppe 8940, Denkmalpflegefonds

Leistungsgruppe 8950, Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

Leistungsgruppe 8960, Deponiefonds

Leistungsgruppe 8970, Kantonaler Waldfonds

Leistungsgruppe 8980, Wildschadenfonds

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Ratspräsident Beat Habegger: Damit sind die Leistungsgruppen der Baudirektion durchberaten. Ich bedanke mich beim Baudirektor, Regierungspräsident Martin Neukom, für seine Anwesenheit heute Morgen hier im Kantonsrat. Wir haben damit alle Leistungsgruppen durchberaten, also fast alle, wir kommen ja nachher (*nach der Pause*) noch zur Leistungsgruppe Steuererträge.

Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2026 und 2027

Ratspräsident Beat Habegger: Wir verlassen jetzt das Traktandum 2 und kommen zu Traktandum 3, Vorlage 6044a, Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2026 und 2027.

Hier liegen mehrere Anträge vor. Es liegt ein Antrag der Finanzkommission vor für einen Steuerfuss von 95 Prozent, ein Antrag von Marc Bochsler, Steuerfuss 93 Prozent, ein Antrag von Selma L'Orange Seigo, Steuerfuss 98 Prozent, ein Antrag von Ronald Alder, Steuerfuss 96 Prozent, und ein Antrag von Manuel Sahli, Steuerfuss 100 Prozent. Wir werden nachher in der Abstimmung diese Anträge einander im Cup-System gegenüberstellen. Der Präsident der Finanzkommission macht den Anfang, bevor dann die Antragstellenden jeweils sprechen werden.

Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), Präsident der Finanzkommission (FIKO): Die Festsetzung des Steuerfusses gehört zu den zentralen Weichenstellungen der kantonalen Finanzpolitik. Sie entscheidet nicht nur über die Höhe der verfügbaren Mittel, sondern auch darüber, wie attraktiv unser Kanton für Private und Unternehmen bleibt.

Zum Steuerfuss lagen in der Finanzkommission vier Anträge zur Beschlussfassung vor und damit eine breite politische Spannweite, die zeigt, wie unterschiedlich die Vorstellungen zu künftigen Steuerbelastungen sind. Es sind dies folgende Anträge: 93 Prozent SVP und FDP, 95 Prozent die Mitte, 96 Prozent die GLP und 98 Prozent der Regierungsrat. Im finalen Entscheid des mehrstufigen Cup-Verfahrens machte der Mitte-Antrag das Rennen. Er sieht eine Senkung des Steuerfusses von derzeit 98 auf 95 Prozent vor. Der Gegenantrag von SVP und FDP, der eine Reduktion auf 93 Prozent verlangt, wurde mit 6 zu 5 Stimmen abgelehnt. Die unterliegenden Anträge werden von den entsprechenden Parteien als Minderheitsanträge in den Kantonsrat gebracht, wobei der Antrag des Regierungsrates von SP und Grünen gestellt wird. Ebenso beriet die Finanzkommission einen Antrag der AL auf einen Steuerfuss von 100 Prozent. Weil die AL nicht in der Finanzkommission vertreten ist, konnte sie den Antrag jedoch nicht formell stellen und dieser war daher auch nicht Teil des Cup-Verfahrens. Hier im Rat gelangt er zusammen mit den anderen vier Anträgen in einem Fünfer-Cup-Verfahren zur Abstimmung.

Wie der Antwort des Regierungsrates auf die beiden Anfragen KR-Nrn. 279/2025 und 284/2025 zu entnehmen ist, betragen die Steuermindererträge gemäss einer Schätzung des kantonalen Steueramtes bei einer Senkung des Staatssteuerfusses um 5 Prozentpunkte von 98 auf 93 Prozent für die Steuerperiode 2026 rund 410 Millionen Franken – also ein Prozentpunkt entspricht circa 82 Millionen Franken – und für die KEF-Periode 2026 bis 2029 rund 1,7 Milliarden Franken. Demgegenüber betragen die geschätzten Steuermindererträge bei einer Senkung um 3 Prozentpunkte auf 95 Prozent rund 246 Millionen Franken für 2026 und rund 1 Milliarde Franken für 2026 bis 2029. Eine Senkung um 2 Prozentpunkte auf 96 Prozent hätte schliesslich einen geschätzten Steuerminderertrag von noch rund 164 Millionen Franken 2026 oder rund 670 Millionen Franken 2026 bis 2029 zur Folge.

In seiner Antwort auf die Anfragen weist der Regierungsrat zu Recht aber auch darauf hin, dass die Höhe der Steuererträge durch verschiedene Faktoren, wie Wirtschaftswachstum, Lohnentwicklung, Bevölkerungszuwachs sowie globale Ereignisse, die insbesondere die Erträge der juristischen Personen prägen, beeinflusst werden. Eine Senkung des Staatssteuerfusses kann zwar rechnerisch als statischer Effekt ausgewiesen werden. Welche mittel- und langfristigen Auswirkungen eine Senkung unter Berücksichtigung weiterer, insbesondere dynamischer Effekte auf die Steuererträge hat, lässt sich jedoch nur schwer prognostizieren. So haben sich beispielsweise die Staatssteuererträge des Jahres 2024 gegenüber dem Jahr 2023 trotz der Senkung des Steuerfusses von 99 auf 98 Prozent um 252 Millionen Franken erhöht.

Mit der Festsetzung des Steuerfusses setzen wir ein Signal für die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kantons, für seine Standortattraktivität und für die politische Verantwortung, die wir tragen. Jede Veränderung des Steuerfusses hat spürbare Auswirkungen, deren langfristige Effekte jedoch nur bedingt prognostizierbar sind. Umso wichtiger ist eine Entscheidung, die ausgewogen, verantwortungsvoll und zukunftsorientiert ist. Besten Dank.

Minderheitsantrag Marc Bochsler, Beatrice Derrer, Martin Huber, Karl Heinz Meyer und Philipp Müller:

I. Der Steuerfuss für die Jahre 2026 und 2027 wird auf 93% der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Marc Bochsler (SVP, Wettswil a. A.): Ich glaube, jetzt sind wir beim Kern der Debatte angelangt, jetzt geht es nicht um Zahlenkolonnen, jetzt geht es einfach um eine Grundsatzfrage: Entlasten wir die Bevölkerung? Entlasten wir den Mittelstand, die Leistungsträger und die Wirtschaft? Oder lassen wir diesen Staat weiter ungebremst über seine Verhältnisse wachsen?

Zürich hat kein Einnahmenproblem, Zürich hat ein Ausgabenproblem. Die Fakten sind klar, unbestreitbar, schwarz auf weiss: Zwischen 2016 und 2024 hat der Kanton Zürich fast 4 Milliarden Franken Überschüsse erzielt. Für 2025 rechnet die Finanzverwaltung erneut mit rund 700 Millionen Franken Überschuss. Gleichzeitig explodieren die Ausgaben im Budget 2026 um 725 Millionen Franken, das ist ein sattes Plus von 3,7 Prozent in nur einem Jahr. Das ist kein normales Wachstum, das ist kein Zufall, das ist ein überhitzter Staatshaushalt. Dieses Geld gehört nicht dem Staat, es gehört den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in unserem Kanton.

Warum beantragen wir 5 Prozent Steuersenkung? Wenn 3 Prozent verantwortbar sind, dann sind 5 Prozent erst recht verantwortbar. Der mittelfristige Ausgleich bleibt eingehalten, die Investitionen sind gesichert, die Steuereinnahmen wachsen stabil. Aber mittelfristig sehen wir, dass sie eben zu langsam wachsen. Die Rechnung ist seit Jahren besser als das Budget. Andere Kantone senken die Steuern, wer heute nicht handelt, verliert morgen an Attraktivität. Jedes Jahr hören wir bei der Steuersenkungsdebatte immer das gleiche Gegenargument: Der Service public sei gefährdet, der Kanton investiere zu wenig. Geschätzte Damen und Herren insbesondere von der linken Ratsseite, dann habe ich eine Frage: Was machen Sie, wenn der Kanton Zürich an Steuersubstrat mittel- bis langfristig verliert? Wie finanzieren Sie dann Ihre Investitionen in die Zukunft? Mit Luft und Liebe?

Ein Kanton mit über 20 Milliarden Franken Budget soll seine Grundaufgaben nicht mehr erfüllen können, weil er 3 oder 5 Prozent weniger Steuern einnimmt? Das ist nicht glaubwürdig. Nicht der Steuerfuss ist das Problem,

sondern ein Staat, der jede Grenze des Wachstums sprengt. Steuersenkung entlastet alle, und besonders der Mittelstand spürt jeden Franken. An die liebe GLP: Heute entscheidet ihr. Euer Antrag auf 2 Prozent Steuersenkung ist gut gemeint, blockiert aber eine echte Entlastung. Mit 2 Prozent verhindern Sie den mehrheitsfähigen FIKO-Antrag von 3 Prozent. 3 Prozent sind finanzierbar, 3 Prozent stärken unseren Kanton, 3 Prozent sind ein vernünftiger Weg. Ziehen Sie doch Ihren Antrag zurück und ermöglichen Sie heute eine mehrheitsfähige Lösung.

Die SVP steht zu ihrem Wort: 5 Prozent sind richtig, 5 Prozent sind finanzierbar, 5 Prozent sind ein starkes Zeichen. Scheitert unser Antrag, unterstützt die SVP geschlossen den 3-Prozent-Antrag der Finanzkommission. Vielen Dank.

Minderheitsantrag Selma L'Orange Seigo, Christoph Fischbach und Tobias Langenegger:

I. Der Steuerfuss für die Jahre 2026 und 2027 wird auf 98% der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Wir Grünen, zusammen mit SP und EVP, sind dafür, den Steuerfuss zu lassen, wie er ist. Die Steuern sollten im Normalfall konstant bleiben und nicht Spielball von parteipolitischen Positionierungen sein. Der Steuerfuss-Basar dieses Jahres ist keine gute Visitenkarte für unseren Kantonsrat. Es werden ja in erster Linie Steuersenkungen beantragt, eben mit dem Argument – wir haben das gehört –, der Mittelstand werde entlastet, die Leistungsträger, die Bevölkerung; man kann dann auch ganz viele schöne Wörter erfinden.

Schauen wir uns also an, wie das konkret aussieht, Achtung, ein paar Zahlen: Das steuerbare Medianeinkommen für Alleinstehende liegt bei 40'000 Franken steuerbarem Einkommen. Wenn Sie die Steuern um 1 Prozent senken, dann hat diese Person Ende Jahr knapp 14 Franken mehr im Portemonnaie. Mit dem GLP-Antrag sind es dann schon 28 Franken, mit dem Mitte-Antrag ganze 42 Franken, und SVP und FDP sind so richtig grosszügig, nachher hat man 70 Franken mehr im Portemonnaie Ende Jahr, eine echte Entlastung. Wenn Sie jetzt zu den Glücklichen gehören, die gleich viel oder sogar mehr verdienen als drei Viertel der Bevölkerung, dann haben Sie beim steuerbaren Einkommen mit 1 Prozent Steuersenkung 31 Franken gewonnen. Und SVP und FDP, die schenken Ihnen sozusagen 153 Franken; damit kann man doch immerhin essen gehen im Restaurant. Die gleichen Parteien, die die Steuern so stark senken wollen, sind übrigens diejenigen, die keine Kita-Subventionen wollen, die keine ausserschulische Betreuung wollen, keine Tagesschu-

len, keine Entlastung bei den Krankenkassenprämien. Für die meisten Menschen ist also eine solche Steuersenkung ein sehr schlechter Tausch: Sie haben 100 Franken mehr in Portemonnaie, weil sie weniger Steuern zahlen, aber sie haben keine vorschulische Betreuung, keine ausserschulische Betreuung, und sie haben eine hohe Prämienlast.

Es drängt sich also die Frage auf: Gibt es denn auch Menschen, die von einer solchen Steuersenkung profitieren? Ja, die gibt es, und die können Sie in den höchsten Einkommensschichten suchen. Wenn Sie nämlich 400'000 Franken Einkommen versteuern, bekommen Sie mit der Steuersenkung von SVP und FDP 2100 Franken jährlich. Sie sehen das Muster, es müsste eigentlich klar sein, aber man muss es immer wieder wiederholen: Steuersenkungen helfen vor allem Menschen, die schon viel haben, aufgrund der Steuerprogression. Erst bei hohen Einkommen schenkt das so richtig ein. Reiche profitieren besonders viel, Menschen mit geringem Einkommen profitieren wenig oder sogar gar nicht, und das ist und bleibt unfair.

Die Mindereinnahmen für den Kanton sind nämlich beträchtlich. Jedes Steuerprozent macht für den Kanton aktuell 82 Millionen Franken aus. Die Anträge auf Senkung, die im Raum stehen, führen also zu Mindereinnahmen zwischen 164 und 410 Millionen Franken. Wer glaubt, dass fast 1 Milliarde Mindereinnahmen keine Auswirkungen auf den Finanzhaushalt haben wird? Schon jetzt werden wichtige Investitionen zurückgestellt. Es wird ein tiefer Selbstfinanzierungsgrad beklagt, und die Verschuldung steigt. Und diese ist relevant für das AAA-Ranking, das Sie ja alle so wahnsinnig vergöttern. Sobald dieses Label in Gefahr ist, wird dann rigoros gekürzt, dann heisst es «Tschüss Umweltschutz!», GLP, dann heisst es «Tschüss Klimaschutz!», und dann heisst es «Tschüss Solidarität mit finanziell Schwächergestellten!». Wir Grünen tragen das nicht mit und schliessen uns dem Regierungsrat an und beantragen einen gleichbleibenden Steuerfuss von 98 Prozent.

Minderheitsantrag Ronald Alder und Daniela Sun-Güller:

I. Der Steuerfuss für die Jahre 2026 und 2027 wird auf 96% der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Ronald Alder (GLP, Ottenbach): Die Finanzsituation des Kantons Zürich ist stabil. Der Staatshaushalt wird von der internationalen Ratingagentur Standard & Poor's unverändert mit der Bestnote Triple-A bewertet, wir haben es soeben gehört. Dem Kanton Zürich geht es gut. Wir haben eine sehr hohe Lebensqualität, eine sehr gute und innovative wirtschaftliche Leistung. Wir sind als Wohn- und Arbeitsort sehr attraktiv und sind dadurch vom Fachkräftemangel weniger betroffen als andere Kantone. Die wichtigsten Aufgaben

im Dienst der Zürcher Bevölkerung können bezahlt werden. Die Investitionen in für die Grünliberalen wichtige Bereiche, wie Klimaschutz und Vereinbarkeit von Familie und Beruf, können finanziert werden. Und dazu gehört, dass wichtige Infrastrukturprojekte, insbesondere für den öffentlichen Nahverkehr, vorangebracht werden. Tramverlängerungen sind für wirtschaftliche Entwicklungen, wie etwa den Innovationspark Dübendorf, grundlegende Infrastrukturen, die aus Sicht der Grünliberalen vorangetrieben werden sollen. Und all diese Leistungen können finanziert werden, weil die Einnahmen des Kantons stabil und gar wachsend sind – dank den Steuereinnahmen.

Die Grünliberalen stehen für Nachhaltigkeit auf allen Ebenen. Neben der ökologischen, sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit ist auch die finanzielle Nachhaltigkeit wichtig. Die finanzielle Nachhaltigkeit bedeutet, dass der Kanton Zürich für die Steuerzahlenden attraktiv und das Steuersubstrat erhalten bleibt. Wichtig dabei ist der Erhalt der Steuereinnahmen der natürlichen Personen, denn sie bezahlen 80 Prozent der kantonalen Steuererträge, also mehr als 6 Milliarden Franken. 30 Prozent bezahlen 80 Prozent der Steuereinnahmen, 4,5 Prozent bezahlen die Hälfte davon, also mehr als 2,5 Milliarden Franken. Der Kanton Zürich schliesst seit 2016 durchschnittlich um 600 Millionen Franken besser ab als geplant. Mit einer moderaten Steuerfussenkung von 2 Prozent kann der mittelfristige Ausgleich eingehalten werden. Sollte sich die Situation in zwei Jahren wiederum besser darstellen als vermutet, können wir über weitere Anpassungen sprechen.

Bemerkenswert ist, dass die bürgerliche Regierung keine Anpassung des Steuerfusses beantragt. Auch aus dieser Sicht ist nur eine moderate Steuerfussenkung von 2 Prozent als verantwortungsvoll zu bezeichnen. Mit dem GLP-Antrag zur Senkung des Steuerfusses um 2 Prozent bleibt der Kanton Zürich für die Steuerzahlenden attraktiv, und die wichtigen Staatsaufgaben können finanziert und die Investitionen in die Zukunft gesichert werden. So geht umfassende Nachhaltigkeit. Die Grünliberalen unterstützen eine nachhaltige und verhältnismässige Steuerfussenkung um 2 Prozent auf einen Steuerfuss von 96 Prozent.

Antrag der AL:

Der Steuerfuss des Kantons Zürich für die Jahre 2026 und 2027 wird auf 100% festgelegt.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Zuerst möchte ich mich bedanken, dass auch unser Antrag noch in die FIKO eingebracht wurde. Als Fraktion, die in der

FIKO nicht vertreten ist, haben wir die Möglichkeit, diesen direkt einzubringen, leider nicht. Wir müssen uns angesichts des Budgets einfach einmal vorweg bewusst sein, dass dies das Budget eines bürgerlichen Regierungsrates ist. Dieser bürgerlich dominierte Regierungsrat hat Ihnen hier im Rat einen gleichbleibenden Steuersatz beantragt, und dies tut er nicht ohne Grund. Denn der Regierungsrat fährt schon längst ein massives Sparprogramm, das sich später für unseren Kanton rächen wird. Dieses Sparprogramm macht er einerseits mit einer 200-Millionen-Franken-Pauschalkürzung und andererseits unter dem Titel einer sogenannten Investitionspriorisierung. Dieses Wort «Priorisierung» oder «Priorisierungsprogramm» ist jedoch nichts anderes als ein Euphemismus, eine beschönigende Beschreibung eines massiven Sparprogramms, bei dem x Investitionen immer weiter nach hinten verschoben werden und das eine Bugwelle von vor sich hergeschobenen Investitionen generiert, die wir dann irgendwann trotzdem machen müssen.

Für uns als AL ist dies ein eindeutiges Zeichen, dass wir uns bereits die vergangenen Steuersenkungen nicht leisten konnten. Unser Kanton hat nicht genügend Mittel, um die laufenden Investitionen zu bestreiten, er muss diverse Vorhaben aufschieben. Wir sind im Gegensatz zu SP und Grünen auch nicht bereit, dieses bürgerliche Sparprogramm der Exekutive per Steuerfuss entsprechend mitzutragen. Auch nicht zu vergessen: Unser Kanton braucht auch in Zukunft weitere Mittel für die Institutionen. So steht demnächst die Kita-Finanzierung auf dem Programm, auch diese will finanziert sein. Dies alles zeigt, dass unser Kanton eben nicht so gut dasteht, wie es hier scheint.

Wir von der AL wollen nicht, dass unsere heute fehlenden Investitionen ein Problem vom Morgen werden, und daher beantragen wir Ihnen hier eine Anpassung des Steuersatzes auf 100 Prozent. Dies ist eine moderate Anpassung, eine Anpassung auf den Steuersatz, den wir zuvor bereits hatten, nämlich aus der Erkenntnis heraus, dass die aktuellen Steuersenkungen zurzeit nur aufgrund des Aufschiebens von wichtigen Projekten möglich sind. Und so sollte unser Kanton nicht funktionieren. Wir wollen daher den gewohnten Steuerfuss von 100 Prozent, wie er sich zuvor (*bis 2022*) über Jahrzehnte bewährt hat. Wir wollen keine Steuersenkung auf Kosten der Bildung, wir wollen keine Steuersenkung auf Kosten der Verkehrsinfrastruktur und wir wollen keine Steuersenkung, die wir über aufgeschobene Investitionen finanzieren. Das Priorisierungsprogramm zeigt, dass wir bereits mit den vorhergehenden Steuersenkungen falsch gelegen sind. Dieser Missstand ist entsprechend zu korrigieren. Seien Sie realistisch, stimmen Sie daher unserem Antrag auf eine entsprechende Korrektur des Steuerfusses zu.

Tobias Langenegger (SP, Zürich): Wir alle wissen es, die Würfel sind gefallen: Der Kantonsrat wird heute einer 3-prozentigen Steuerfussssenkung zustimmen; dies deshalb, weil die rechten Parteien weniger spitalbedingte Absenzen haben. Ich habe nun viel gehört, wie wichtig eine Steuerfussssenkung ist und welche Signalwirkung diese hat. Was Ihnen aber keiner der Befürworter sagt, ist, was es dann effektiv bedeutet: Dreimal 82 Millionen Franken führt zu einem Ausfall von 246 Millionen Franken. Da wir den Steuerfuss für zwei Jahre beschliessen, reden wir also von einem Ausfall von gut einer halben Milliarde Franken reales Geld. Dieses Geld wird fehlen und das wird ein riesiges Problem. Wieso?

Erstens unterschätzen Sie komplett die Geldflussrechnung. Ich habe es bei meinem Eintretensvotum letzte Woche bereits gesagt, ein Grossteil der Überschüsse bei den Jahresrechnungen sind verschobene Projekte und Neubewertungen von Immobilien, damit können Sie keine einzige Rechnung bezahlen. Das sehen Sie eindrücklich beim Selbstfinanzierungsgrad. Dieser ist von über 100 Prozent bis 2022, das heisst, dass alle Investitionen aus den Erträgen bezahlt werden können, in den letzten zwei Jahren unter 100 Prozent gesunken. Das ist eine direkte Konsequenz der letzten Steuerfussssenkung. Der Kanton macht also durchaus hohe Überschüsse, kann aber trotzdem nicht alle Investitionen selbst bezahlen. Was das bedeutet, wissen Sie genau und führt uns zum zweiten Problem, der Verschuldung: Um trotzdem alle Investitionen zu bezahlen, muss sich der Kanton verschulden. Überlegen Sie sich einmal, wie absurd das ist. Dem Kanton geht es gut, aber er muss sich verschulden. Damit machen Sie den Haushalt maximal krisenanfällig. Es kann ja einmal sein, dass es dem Kanton weniger gut geht. Dann möchten Sie agil sein und darauf reagieren können. Das können Sie aber nur, wenn Sie eine tiefe Verschuldung haben und somit Potenzial, um mehr Geld aufzunehmen. Dieser Antrag ist ein frontaler Angriff auf die Robustheit des kantonalen Haushaltes, das ist unglaublich kurzsichtig. Denn Verschuldung heisst effektiv auch Mehrkosten. Nicht nur wird das Geld fehlen, der Kanton wird für die wachsende Verschuldung auch mehr Zinsen bezahlen müssen. Schauen Sie doch die Tatsachen an: 2024 war der Zinssatz für den Kanton Zürich im Schnitt bei 0,67 Prozent, im Budget 2026 rechnet der Kanton bereits mit 0,81 Prozent. Die Verschuldung steigt und die Zinsen steigen auch. Für die höhere Verschuldung gibt es aber kaum reale Gegenwerte wie zum Beispiel Immobilien oder Ähnliches, sondern wegen der Steuersenkung fehlt schlicht und einfach das Geld.

Und all das machen Sie nach dem Prinzip Hoffnung. Nach Ihren «Voodoo-Economics» kommen dafür ganz viele wohlhabende Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in den Kanton Zürich und zahlen mehr Steuern. Der Kanton Zürich ist aber nicht der Kanton Nidwalden und er wird es nie sein – zum

Glück. Der Kanton Zürich ist jung, der Kanton Zürich ist sehr heterogen, der Kanton Zürich ist schlicht der Wirtschaftsmotor der Schweiz. Dafür braucht es Top-Hochschulen, es braucht eine Top-Universität, es braucht eine leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur, dafür braucht es gute Spitäler und, und, und. All das macht den Kanton Zürich stark und all das gefährden Sie, weil das Geld dieser Steuerfussenkung genau hier fehlen wird. Geradezu entlarvend waren in diesem Zusammenhang Ihre Budgetanträge. Sie kürzen dort, wo es entweder nicht geht oder nichts bringt. Damit fordern Sie de facto ein Sanierungspaket durch die Hintertür, denn die halbe Milliarde Franken, die fehlen wird, wird den mittelfristigen Ausgleich massiv belasten. Und das wird die Bevölkerung spüren, zum Beispiel, weil wichtige Investitionen – wir haben es gehört – nicht mehr gemacht werden. Dass dies Ihnen, der Mitte, die sich als Familienpartei bezeichnet, egal ist, finde ich äusserst bedenklich, weil zuerst die Familien leiden werden. Das Geld fehlt in der Bildung, da bringt es den Familien herzlich wenig, wenn sie Ende Jahr ein paar Franken weniger Steuern bezahlen. Das Geld fehlt auch bei der Prämienverbilligung, im öffentlichen Verkehr oder bei der frühen Förderung, all das zentrale Budgetposten für Familien. Und wer profitiert? Natürlich die Bestverdienenden. Dass Sie diese dermassen bevorzugen gegenüber dem Rest der Bevölkerung, ist für uns komplett unverständlich und schlicht falsch. Wir lehnen diese Steuerfussenkung entschieden ab und hoffen, Sie finden noch zur Vernunft. Besten Dank.

Philipp Müller (FDP, Dietikon): Der Kanton Zürich hat kein eigenes Geld, er muss das Geld immer zuerst jemandem wegnehmen. Steuererträge sind also ganz einfach Geld, das der Kanton seinen Einwohnerinnen und Einwohnern und den Unternehmen zuerst aus der Tasche zieht. Wir haben heute als Kantonsrat die Aufgabe, zu bestimmen, wie viel Geld die Steuerzahlenden in den nächsten zwei Jahren abliefern dürfen, und das bringt eine ungeheure Verantwortung mit sich.

Wir haben nun gerade an drei Sitzungstagen über Budget und KEF-Erklärungen debattiert. Wir legen also zuerst fest, wie viel Geld wir ausgeben wollen, und erst danach bestimmen wir unsere Einnahmen. Das ist ja eigentlich unlogisch und ein Systemfehler. Denn kein Unternehmen würde doch so arbeiten. Und auch privat bucht doch niemand Ferien, ohne zu wissen, ob dafür das Geld reicht. Nein, wir machen es anders, wir schauen zuerst ins Sparkässeli und entscheiden dann, ob es auf die Malediven oder auf den Zeltplatz geht.

Doch nun zum Steuerfuss: Die FDP-Fraktion freut sich, dass auch die Finanzkommission den Steuerfuss um 3 Prozent reduzieren will. Wir tragen

diesen Kompromiss mit, halten aber gleichzeitig an unserem Minderheitsantrag auf eine Senkung um 5 Prozent fest. Es ist wichtig, den Steuerfuss zu senken und damit Privatpersonen und Unternehmen gleichermassen zu entlasten. Die Steuerfussreduktion ist eine Investition in unseren Kanton. Sie ist nötig, sie ist vernünftig und sie ist finanzpolitisch problemlos tragbar. Wir haben es gehört, seit 2016 schlossen die Jahresrechnungen im Schnitt rund 600 Millionen Franken besser ab als budgetiert. Über diese Jahre kumuliert, sind das rund 5 Milliarden Franken. Auch für 2025 erwarten wir einen Überschuss von 700 Millionen Franken. Die Senkung des Steuerfusses um 3 Prozent oder um 5 Prozent ist für das nächste Jahr bereits mit dem erwarteten Überschuss aus diesem Rechnungsjahr locker finanziert. Und noch viel besser sieht es aus, wenn wir auch die Überschüsse der vergangenen Jahre mitberücksichtigen. Wenn uns die Linke weismachen will, die Zukunft unseres Kantons würde durch eine Steuersenkung gefährdet, dann ist das Angstmacherei, das Gegenteil ist der Fall: Auch 2026 sind Investitionen von 1,3 Milliarden geplant, bis 2029 sollen es rund 5 Milliarden sein.

Die Senkung des Steuerfusses ist eine Investition in den Standort Zürich. Seit diesem Jahr sind wir punkto Unternehmenssteuer schweizweit das Schlusslicht, und das darf doch nicht sein. Der Kanton Zürich befindet sich, ob wir das nun wollen oder nicht, im Wettbewerb mit anderen Kantonen. Ja, und was machen unsere Nachbarn? Richtig, sie senken die Steuern, der Aargau um 5 oder sogar 8 Prozent, Zug um 4 Prozent und Schwyz für natürliche Personen um 5 Prozent. Wer stillsteht, verliert, das gilt auch beim Steuerfuss. Wir sollten uns also dringend bewegen.

Anpassungen am Steuerfuss lösen etwas aus, das zeigen Erfahrungen im Kanton Zürich, aber auch in Nachbarkantonen. Wir sprechen von sogenannten dynamischen Effekten. Tiefere Steuern ziehen gute Steuerzahler und Unternehmen an beziehungsweise verhindern, dass diese den Kanton verlassen. Das stärkt das Steuersubstrat und das wiederum hilft uns allen. Wir stehen zum Kompromiss der FIKO, minus 3 Prozent. Wer sich wirtschaftsfreundlich nennt, muss diesem Antrag zustimmen. Wer für all diejenigen einsteht, die am Ende des Monats Rechnungen bezahlen müssen, unterstützt diesen Antrag. Heute ist der Moment, den Kanton zu stärken und ihn nicht weiter auszubremsen. Besten Dank.

Priska Hänni-Mathis (Die Mitte, Regensdorf): Ich möchte drei Hauptkenntnisse zusammenfassen, erstens: Der Kanton Zürich befindet sich in einer finanziell soliden Lage mit einer moderaten Verschuldung. Dies wird auch von externen Agenturen mit einem Triple-A-Rating gewürdigt. Zweitens: Die Ertragsaussichten für den Kanton Zürich sind aufgrund der robus-

ten Wirtschaft im Kanton Zürich weitgehend steigend. Eher tiefe Arbeitslosenzahlen und solide Unternehmensgewinne bestätigen diese Einschätzung. Drittens: Der mittelfristige Ausgleich ist auch mit 3 Prozent Steuerreduktion positiv. Es ist zu erwarten, dass auch die Rechnung 2026 eher besser ausfallen wird als das Budget. Denn seit 2016 fiel die Rechnung durchschnittlich um 600 Millionen Franken besser aus als budgetiert. Mit dieser Ausgangslage ist es folgerichtig, nun auch den Steuerfuss um 3 Prozent nach unten anzupassen.

Da unsere Nachbarkantone den finanziellen Spielraum nutzen, der sich aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung bietet, soll der Kanton Zürich nicht abseitsstehen. Neben zahlreichen wichtigen Standortfaktoren in den Bereichen Bildung, Forschung und Kultur ist auch die Besteuerung ein Aspekt, der über den Zuzug oder eben Wegzug von gutsituierten Bürgern entscheidet. Die Wirtschaftsverbände fordern sogar noch höhere Steuersenkungen und auch die ZKB (*Zürcher Kantonalbank*) beurteilt die Steuerbelastung im Kanton als zu hoch.

Die Mitte-Fraktion steht für eine stabile und verlässliche Finanzpolitik. Der Haushalt soll so ausgestaltet und ausgestattet werden, dass die Leistungen verlässlich erbracht werden können und der mittelfristige Ausgleich eingehalten wird. Dies kann mit der Steuersenkung um 3 Prozent erreicht werden. Die Mitte-Fraktion erteilt den Schwarzmalern von Links und den übermotivierten Rechten eine Absage und stimmt dem realistischen und vernünftigen Antrag der FIKO zu.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Aristoteles (*griechischer Philosoph der Antike*) formulierte es einmal so: «Das rechte Mass ist die schwerste aller Künste.» Und genau darum geht es wohl auch beim Steuerfuss: das rechte Mass zu finden. Der Kanton Zürich steht finanziell solide da. Die Einnahmen sind hoch, die Wirtschaft läuft, die Reserven sind solid. Man könnte sagen, Zürich ist stabil unterwegs, kein Wackelkontakt, kein Motorschaden, eher ein frisch gewarteter Motor. Und darum, genau in diesem Moment, wird vorgeschlagen, erneut Steuern zu senken. Dazu sagen wir als EVP Nein; nicht aus Prinzip, sondern aus Verantwortung. Denn ein laufender Motor allein reicht nicht, es liegt noch eine lange Strecke vor uns, die es zu bewältigen gilt. Es ist schon klar, Steuersenkungen haben einen grossen Vorteil, man kann sie gut erklären. Einen kleinen Nachteil haben sie aber auch, sie bewirken oft sehr wenig.

Für viele Menschen im Kanton bedeutet die Steuersenkung ein paar Franken im Monat, ein Kaffee mehr, vielleicht ein Kaffee und noch ein Gipfeli, je nach Einkommen. Für Familien mit hohen Krankenkassenprämien, für Kantonsschulen mit überfüllten Schulzimmern und für den öffentlichen Verkehr

ist das aber keine spürbare Entlastung. Steuersenkung fühlt sich vielleicht für Sie gut an, sie löst aber kein reales Problem. Was Steuersenkung besonders tückisch macht: Die Wirkung kommt sofort, die Konsequenzen kommen aber zeitverzögert. Heute senken wir die Steuern, morgen freuen wir uns darüber und übermorgen diskutieren wir Sparprogramme – oder Sie nennen das «Entlastungspakete». Und irgendwann erklären wir dann der Bevölkerung, warum Investitionen in neue Schulhäuser, Spitäler oder in den ÖV leider nicht mehr möglich seien. Das alles kennen wir und genau deshalb sagt die EVP: Vorsicht! Der römische Philosoph Seneca sagt es einmal treffend: Kurzfristige Vorteile sind oft langfristige Fehler.

Als EVP stehen wir für Stabilität statt für Automatismus. Wir können heute mit einem Steuerfuss von 98 Prozent leben. Die EVP ist also nicht per se gegen eine Steuerfussenkung, aber wir sind gegen einen Automatismus. Nur weil es gerade gut läuft – oder vielleicht, weil bald einmal Wahlen sind –, sollen jetzt auf Teufel komm raus die Steuern gesenkt werden. Gute Finanzpolitik fragt eben nicht «was kommt gut an?», sondern sie fragt «was ist nachhaltig? Was dient der nächsten Generation?». Wir brauchen finanzielle Stabilität, um in Bildung, Sicherheit, Gesundheit, in sozialen Zusammenhalt zu investieren. Das sind keine Luxusausgaben, wie wir es gehört haben, das sind die tragenden Balken unseres Kantons, das garantiert den Zusammenhalt in unserer Bevölkerung.

Der Kanton Zürich ist keine Brockenstube mit einem roten Zettel dran «Alles muss raus, heute 20 Prozent Rabatt auf alles!» oder «5 Prozent» oder «3 Prozent», er ist ein gut geführter Haushalt mit Verantwortung für morgen und übermorgen. Wer jetzt Steuern senkt, verkauft solide Substanz, nur damit es kurzfristig in der Kasse klingelt. Deshalb sagen wir: Keine Rabattaktion auf Kosten der Zukunft! Deshalb lehnen wir eine erneute Steuersenkung ab und stimmen für die Beibehaltung des Steuerfusses von 98 Prozent.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen): Wir senken die Steuern jetzt nicht für die Reichsten im Kanton Zürich, sondern für potenziell sehr gut Verdienende, die in Zukunft viele Steuern zahlen. Ich sage es offen: Ich will gute Steuerzahler, ich will die besten Steuerzahler im Kanton Zürich. Denn sie tragen den Löwenanteil unserer Staatsausgaben, dieser 20 Milliarden Franken. Und selbstverständlich, natürlich, das ist ja logisch, Selma, profitieren die Reichen am meisten von einer Steuersenkung – direkt. Aber indirekt profitieren Sie, wir, alle von Ihnen, wenn sie diese hohen Steuern zahlen, denn das finanziert unseren ganzen Haushalt, unsere Schulen, unsere Strassen, das, was wir brauchen. Tiefe Steuern setzen eben einen richtigen Anreiz. Jeder Kanton mit tiefen Steuern hat heute höhere Einnahmen: Zug, Schaffhausen, Basel-Stadt, Genf – eine linke Stadt –, aber auch Luzern. Ich kann mich

daran erinnern: Vor 15 Jahren hat Luzern begonnen, die Steuern zu senken. Man war hämisch, weil sie dort zuerst ein riesiges Defizit hatten. Alle haben gelacht und gesagt «das wird nie funktionieren, jetzt müssen sie sogar die natürlichen Steuern erhöhen». Jetzt hat die Stadt Luzern erneut die Steuern gesenkt, der Grund ist die sehr gute finanzielle Lage. Schauen Sie, wenn Sie ein Problem haben und Ihre Investitionen in Zukunft nicht mehr finanzieren können, dann müssen Sie ein Investment machen in potenziell gute Steuerzahler, die dann hierbleiben oder die hierher nach Zürich kommen. Die finanzieren einen grossen Teil der angestauten Investitionen, das ist der Grund. Das heisst, Steuersenkung machen wir nicht für die breite Masse, das ist klar, aber wir brauchen die guten Steuerzahler und für diese müssen wir attraktiv sein. Und dann bleiben sie hier und bezahlen hier die Steuern, und dann können Sie das finanzieren.

Und dann der Vorwurf der SP bezüglich Schulden: Also ich habe das ein sehr gutes Votum gefunden, ich sehe die Verschuldung genauso kritisch. Aber wenn man die Stadt Zürich, die links regiert ist, anschaut, dann hat man nur zwei Rezepte, Schulden und Steuern, und das kann ja nicht aufgehen. Wir wollen auch keine Verschuldung, deshalb sagen wir: Mit tieferer Steuer generieren Sie ein breiteres Steuersubstrat, das verhindert, dass Sie zukünftig mehr Schulden machen müssen. Damit man gleichzeitig keine Schulden macht, ist es wichtig, dass man bei den Ausgaben diszipliniert ist in dieser Phase, in der man die Steuern senken muss, damit man langfristig dann den dynamischen Effekt spielen lassen kann.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Als einfacher Kantonsrat spreche ich zum ersten Mal während dieser Budgetdebatte. Meine Interessenbindung, wieso ich für tiefere Steuern bin: Ich bin im KGV-Vorstand (*Kantonaler Gewerbeverband*), Unternehmer mit zwei KMU in diesem Kanton und zahle jedes Jahr, wie ich finde, definitiv zu viel Steuern in diesem Kanton. In meiner Wohngemeinde Thalwil sehe ich am ehesten, was mit den Steuern passiert. Im Kanton bin ich kritischer. Und am allerkritischsten bin ich bei all dem Geld, das in Richtung des Möchtegern-Kantons und der alles einklagenden Stadt Zürich geht. Links-Grün und leider auch die Regierung sagen, dass wir uns eine Steuersenkung nicht leisten können. Da gibt es genügend Gegenargumente, wo leider oft der Wille und die Mehrheit fehlt, daran etwas zu ändern. Zwei Beispiele: Wir mussten uns letzte Woche anhören, dass die Kunst im Allgemeinen sehr wichtig, Künstler quasi zwingend notwendig seien für uns alle. Ich nehme ein Beispiel, das Opernhaus, das der Kanton zahlt: Ich kenne mindestens 100-mal mehr Leute, die nie in die Oper gehen, als umgekehrt, unabhängig davon, ob sie es sich nicht leisten können oder wollen. Es wäre

an der Zeit, dass die riesengrosse Mehrheit dies nicht mehr so massiv mitzahlen muss. Und nein, ob Kunst konsumiert wird oder nicht, entscheiden nicht wir hier, also eigentlich die links-grüne Ratsseite, sondern diejenigen, die die Institutionen nutzen oder eben nicht. Wieso alles, was mit Bildung zu tun hat, bei einer Nichterhöhung immer gleich eine Kürzung ist, ist sehr speziell. Auch nach 25 Jahren Politik auf verschiedenen Stufen wundere ich mich, dass Links-Grün den Unterschied zwischen «wirklich ein Budget kürzen» und «ein Budget nicht erhöhen» schlichtweg nicht versteht beziehungsweise nicht verstehen will. Die Rednerinnen und Redner der linken Ratsseite haben oft direkt oder indirekt für sich selbst geredet beziehungsweise ihre Berufe aller Art, wo sie tätig sind oder tätig waren. Das ist nicht verboten, aber jetzt kommen wir tatsächlich mal zum Kern der Budget- und Steuerdebatte, reden wir doch mal über die Steuerzahler und Unternehmen in diesem Kanton, also die, die an das Finanzamt, leider nicht direkt an den Finanzdirektor – ich bin überzeugt, dann würde das Geld besser ausgegeben werden – überweisen: Im Namen von diesen, nicht von den circa 20 Prozent, die keine Steuern zahlen und bei denen Links-Grün trotzdem noch in allen Bereichen alles übernehmen will, nein, für die anderen, die einen funktionierenden Kanton Zürich überhaupt möglich machen; er würde sonst nicht funktionieren. Diese wollen wir, die SVP, die EDU und auch die FDP, für einmal entlasten mit 5 Prozent weniger Steuern. Das ist notwendig, absolut möglich und es würde unseren Kanton insgesamt für einmal positiv aussehen lassen, auch im kantonalen Vergleich. Da würde sich der Rest der Schweiz wundern: Der Kanton Zürich kann doch auch noch Steuern senken, und für einmal nicht nur um 1 Prozent.

Wieso die GLP immer nur bei Unternehmenssteuern und viel weniger oder kaum bei Steuern auch für natürliche Personen mit uns stimmen will, werde ich nie verstehen. Ich sage es mal so: Wählen tun die natürlichen Personen und diejenigen, die wie ich selbst, doppelt zahlen mit den eigenen Unternehmen und privat. Ich sage es klar und deutlich, es sind genau die Leistungsträger unserer Gesellschaft, die morgens aufstehen und arbeiten gehen, Arbeitsplätze schaffen und so weiter, sie wollen wir entlasten. Stimmen Sie Ja zur Steuersenkung, am besten 5 Prozent, aber wenigstens 3 Prozent. Danke.

René Isler (SVP, Winterthur): Es ist schon ein bisschen ein Trauerspiel, diese Budget-Debatte, wenn man sie mit anderen Jahren vergleicht. Ich habe von niemandem in diesem Rat gehört, dass das Jahr 2025 für den Kanton Zürich eine Katastrophe war. Wir sind uns doch einig, dieses Jahr, das bald zu Ende geht, war ein hervorragendes Jahr. Das Gesundheitswesen hat funktioniert, wir konnten uns täglich mit dem ÖV bewegen, es standen keine Kinder auf

der Strasse, die Schulen haben funktioniert. Und jetzt müsste man doch eigentlich meinen, man könne das Budget 2024/2025 nehmen und ins 2026 transferieren. Aber oha, wir haben ein Anstieg von 720 Millionen Franken, und das ist einfach schlicht und ergreifend unanständig. Das ist unanständig und auch für die Zukunft schlecht. Und hier zu sagen, dass, wenn wir jetzt da ein wenig, nur ein wenig von den 720 Millionen Franken Mehraufwand wegnehmen, dann das Schulsystem brachliege, keine Züge mehr fahren, keine Tramverbindungen mehr geschaffen würden, ist einfach blauäugig. Das stimmt hinten und vorne nicht. Uns geht es hervorragend, vielleicht hören wir das auch einmal noch vom Finanzminister, der Kanton Zürich ist hervorragend aufgestellt. Und ich weiss nicht, in den letzten 24 Jahren hatte ich schon sehr viele Bibeln vor mir (*gemeint ist das umfangreiche Budget- und KEF-Buch*). Unser Finanzminister ist mittlerweile schon im 38. Budget (*als Altkantons- und Regierungsrat*), einfach mal so bemerkt. Wenn er noch zwei Jahre bleibt, hat er ein Jubiläum. Und es gibt nur eine Richtung, alle Zahlen gehen nach oben, alle. Und bei jeder Steuersenkung hatte man das Gefühl, dass der Kanton Zürich jetzt zerfällt, dass wir jetzt tot sind, jawohl: Jetzt gibt es keine Schule mehr, fahren keine Züge mehr, die Verletzten sterben draussen auf der Strasse. Nein, der Kanton Zürich ist hervorragend aufgestellt, und es wollen ja alle in den Kanton Zürich. Nur dort, wo Links-Grün eine Mehrheit hat, in den Gemeinden beziehungsweise auch in den Städten wie Winterthur, ist und bleibt das ein Sanierungsfall, weil man die Ausgaben übermässig beansprucht und die Einnahmen eigentlich nicht das Problem sind, es sind tatsächlich die Ausgaben. Aber dem Kanton Zürich als solchem geht es hervorragend, geht es auch mit 5-prozentiger Steuersenkung noch hervorragend. Denn wir haben auch dann immer noch ein riesiges Plus, bei dem sich andere Kantone alle vier oder fünf oder zehn Finger abschlecken würden.

Also ich bitte Sie, stimmen Sie dieser moderaten Steuersenkung von 5 Prozent zu, und ich danke Ihnen.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Ich kann, René Isler, Ihrem Votum einen gewissen Unterhaltungswert attestieren, aber es hat einfach überhaupt nichts mit der Sache zu tun oder mit irgendetwas, was hier gesagt wird. Es hat noch gar niemand behauptet, der Kanton breche zusammen wegen Steuersenkungen, sondern es ist eben eine Frage der Balance, Markus Schaaf hat das ja auch schön gesagt. Und ja, wir brauchen gute Steuerzahlende, aber wenn Sie die Steuern zu stark senken und dann eben nur noch gute Steuerzahlende da sind, dann sind die anderen irgendwann weg. Niemand mehr kann sich Wohnungen leisten, reden Sie mal mit Menschen, die im Kanton

Zug oder im Kanton Schwyz aufgewachsen sind, wie sich dort die Wohnpreise entwickeln.

Und ich möchte noch eine kleine Anmerkung machen zu dem Weltbild, das hier teilweise vertreten wird. Ich habe gehört, der Staat ziehe den Menschen das Geld aus der Tasche. Dass wir Steuern erheben, ist ein Verfassungsauftrag. Ich hoffe, Sie ehren alle die Verfassung, wir haben ja alle einen Eid darauf abgelegt. Und das ist nicht eine Frage der persönlichen Befindlichkeiten, sondern wir sollten uns an die Verfassung halten. Die Steuern sind eben dazu da, dass wir nachher staatliche Leistungen daraus zahlen, dazu gehört eben das Gesundheitssystem, dazu gehören Schulen. Und auch dieses Narrativ, es seien ja nur Menschen mit rechter Gesinnung, die Steuern zahlen, das ist einfach völliger Quatsch. Also auch linke Menschen zahlen Steuern, und hören Sie doch auf mit diesen immer latenten Anschuldigungen.

Tobias Langenegger (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich halte mich kurz, nur ein paar Repliken:

Tobias Weidmann, wenigstens warst du ehrlich. Du warst der Einzige hier drin, der von der bürgerlichen Seite ehrlich war. Ihr wollt, dass die reichsten Leute hierherziehen, und das ist ja auch noch interessant, wenn du mal ein Pro-Zuwanderung-Votum hältst.

Erstens: Trickle-down, das funktioniert nicht, das können Sie überall nachschauen. Die Reichsten profitieren, es kommt überhaupt nichts unten an. Es gibt diverse ökonomische Untersuchungen zu diesem Thema, Reagan (*Ronald Reagan, US-amerikanischer Präsident*) hat das eingeführt. Es wurde schon oft angeschaut, das funktioniert nicht.

Zweitens: Die Stadt Zürich investiert zum Beispiel eben in Immobilien. Sie senkt nicht die Steuern und muss sich dann verschulden, sondern sie verschuldet sich zum Beispiel, um Immobilien zu kaufen. Das wissen Sie, das ist ein Bilanztausch, und wahrscheinlich ist das sehr sinnvoll im Volksvermögen, weil der Preis von Immobilien in der Regel steigt. Das ist Win-win für die Bevölkerung.

Dann zur FDP: Irgendwie etwas davon zu sagen, der Staat ziehe das Geld aus der Tasche, das ist wirklich..., ich verstehe Sie nicht. Sie waren einmal eine staatstragende Partei, jetzt kommt wirklich nichts Gescheites mehr heraus, das finde ich sehr bedenklich. Ich sprach von der Krise. Niemand von Ihnen hat auf mein Votum zur Krise reagiert. Denken wir an die letzte Krise, denken wir an Corona (*Covid-19-Pandemie*). Wo waren da die Kantone Nidwalden, Obwalden, Zug, Schwyz, wo waren sie? An die Tür des Kantons Zürich haben sie geklopft und gefragt: «Dürfen wir auch noch ein paar Beatmungsgeräte haben von euch, dürfen wir bitte auch eure Spitalbetten belegen?» Sie haben sich kaputtgespart und waren in der Krise nicht fähig, ihre

Bevölkerung zu schützen. Der Finanzdirektor ist im Fernsehen aufgetreten und hat gesagt: «Schauen Sie, das ist einfach ein bisschen schwierig, wenn diese Kantone immer, immer die Steuern senken. Und dann, wenn wir eine Krise haben, sind sie nicht in der Lage, ihre Bevölkerung zu schützen.» Der Kanton Zürich, der ist stark. Er hat eine gute Infrastruktur, das zeichnet ihn aus und das reden Sie immer schwach. Sie sagen immer, der Kanton Zürich sei unattraktiv. Keine einzige Statistik – schauen Sie die Statistik an – belegt, dass der Kanton Zürich unattraktiv ist. Die FDP hat es am ehrlichsten gesagt, sie sagt: «Wir möchten einfach den Staat disziplinieren.» Sie möchte nichts anderes, als dass die breite Bevölkerung nicht mehr vom Staat profitiert. Wir machen eine Politik für den Mittelstand, wir machen eine Politik für die breite Bevölkerung. Wenn Sie das auch machen würden, dann würden Sie diese Steuersenkung ablehnen. Danke.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Nun, ich habe noch keine 38 Budgets beraten wie der Herr Finanzdirektor, aber bin jetzt dennoch schon bei sage und schreibe acht Budgetdebatten angelangt. Und mich haben insbesondere die Voten der SVP- und der FDP-Sprecher überrascht. Ich muss Sie in Schutz nehmen, Sie waren im Dezember 2021 noch nicht im Rat, aber vielleicht erinnern sich einige ältere Kolleginnen und Kollegen daran: Ein ehemaliger Kantonsratskollege (*Altkantonsrat Hans-Peter Amrein*) – er ist jetzt wahrscheinlich auf der Tribüne und schreibt die «Tribüne» (*Online-Meinungsplattform*), welche ich übrigens sehr interessiert lese – fordert einen Steuerfuss von 92 Prozent, also gerade einmal 1 Prozent weniger, als Sie das jetzt tun. Nun, wenn ich 2021 mit 2025 vergleiche, dann hatten wir damals noch keine Investitionspriorisierung. Und wenn Sie im Protokoll der entsprechenden Sitzung nachschauen, dann sehen Sie, wurde dieser Antrag Amrein mit gerade einmal einer Stimme, und zwar der Stimme des Erstunterzeichners, unterstützt. Weder die FDP noch die SVP haben in ihren Voten den Antrag überhaupt gewürdigt. Warum, weiss ich nicht. Vielleicht haben Sie das für einen Witz gehalten oder gedacht, dieser Antrag sei ein Scherz. Aber auch die Kantonsräte Weidmann, Suter und Isler haben den Antrag damals abgelehnt. Lehnen Sie also bitte alle Anträge ab. Herzlichen Dank.

Regierungsrat Ernst Stocker: Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung: Wer ist denn der Kanton? Einige haben jetzt gesagt, «der Kanton zieht mir das Geld zum Sack heraus». Wer ist denn der Kanton, wenn nicht Sie, der Kantonsrat, vielleicht noch mit der Regierung zusammen? Wir haben das festgelegt, was bestellt wird und wer bezahlen muss und wie viel. Und darum staune ich schon, wenn man sagt, «der Kanton» und «das ist Kantongeld». Das ist un-

ser Geld und das Geld der Bevölkerung. Das geben wir für unsere Bevölkerung aus und – Tobias Langenegger hat es gesagt – auch noch für die Bevölkerung von anderen Kantonen, da sind wir sehr grosszügig. Die finanzielle Auswirkung der verschiedenen Steuerfussanträge muss ich Ihnen nicht erläutern, das wurde bereits gemacht. Wir haben das in Anfragen gemacht, der FIKO-Präsident hat es gesagt. Und dass nicht nur der Steuerfuss entscheidend ist, sondern dass auch die Wirtschaftslage mindestens so entscheidend ist für die Steuererträge, das haben wir auch gesagt, aber ich möchte es nochmals betonen.

Der Regierungsrat hat Ihnen einen gleichbleibenden Steuerfuss beantragt, um in Anbetracht der hohen Investitionen die Verschuldung einigermaßen im Griff zu halten und auch den immerwährenden neuen Aufgaben, die man dem Staat zuschieben möchte – auch von Ihrer Seite – irgendwie finanziell Paroli zu bieten. Ich könnte eine ganze Liste nennen, aber die Zeit erlaubt mir das nicht. Ich bin mir aber auch bewusst, dass die erfreuliche Prognose – und ich sage «erfreulich» – zum Rechnungsergebnis 2025 Hoffnung schürt und auch gewisse Spielräume schafft. Ich möchte aber festhalten, und das möchte ich hier noch einmal allen sagen, die meinen, wir hätten zu viele Überschüsse gemacht: Die Verschuldung ist gestiegen. Und ich habe es gesagt und ich sage es nochmals: Wir müssen mindestens 300 Millionen Franken Überschüsse machen, damit wir alles bezahlen können, was wir hier bestellt und in Auftrag gegeben haben. Wer eine Steuersenkung von 2 bis 3 Prozent vertritt, was ich nachvollziehen kann, der will ein Zeichen setzen für die 30 Prozent guten Steuerzahler im Kanton Zürich – das hat der Tagi (*Tagess-Anzeiger*) geschrieben –, die 80 Prozent der Steuereinnahmen des Kantons bestreiten. Also 30 Prozent zahlen 80 Prozent von diesen 6,5 Milliarden Einnahmen der natürlichen Personen. Und der Kanton Zürich hat eine hohe Progression. Ebenfalls will man die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Zürich verbessern.

Fazit für mich, Sie haben zu entscheiden, aber ich sage Ihnen: Man kann es wagen, aber die Konsequenz daraus ist natürlich, dass Sie gleichzeitig die Haushaltsmassnahmen der Regierung unterstützen und nicht laufend weitere Aufgaben beschliessen. Sonst wird das Ganze nicht aufgehen und dann werden wir in den nächsten Jahren Konsequenzen daraus zu tragen haben. Denn der Fünfer und das Weggli, das gibt es nirgends auf der Welt, auch im Kanton Zürich nicht. Besten Dank.

Ratspräsident Beat Habegger: Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir haben fünf gleichwertige Anträge zu behandeln. Ich erinnere Sie, es gibt den Antrag der Finanzkommission auf 95 Prozent, den Antrag von Marc Bochler auf 93 Prozent, den Antrag von Selma L'Orange Seigo auf 98 Prozent,

den Antrag von Ronald Alder auf 96 Prozent und den Antrag von Manuel Sahli auf 100 Prozent. Wir werden nach Paragraf 76 des Kantonsreglements im Cup-System abstimmen. Die Türen sind zu schliessen, damit wir die Zahl der Anwesenden ermitteln können.

Ich gebe Ihnen noch bekannt, wie das ganze Prozedere abläuft: Wenn keiner der Anträge das absolute Mehr auf sich vereint, wird entschieden, welcher der beiden Anträge, die am wenigsten Stimmen gemacht haben, ausscheidet; das ist dann die sogenannte Hoffnungsrunde. Und wir setzen das Verfahren fort, bis einer der Anträge die Mehrheit erlangt.

Die Türen sind geschlossen, wir werden jetzt die Präsenz ermitteln. Für das Ermitteln der Präsenz drücken Sie bitte die Taste 1.

Abstimmungen im Cupsystem

Anwesende Ratsmitglieder	176
Absolutes Mehr	89 Stimmen

Abstimmung 1

Antrag der FIKO	88 Stimmen
Antrag von Marc Bochsler	0 Stimmen
Antrag von Selma L'Orange Seigo	59 Stimmen
Antrag von Ronald Alder	23 Stimmen
Antrag von Manuel Sahli	5 Stimmen

Ratspräsident Beat Habegger: Es hat ein bisschen länger gedauert, weil unsere Abstimmungsanlage sich nicht so verhalten hat, wie sie sich verhalten müsste. Keiner der Anträge hat das absolute Mehr erhalten.

Wir kommen jetzt zur sogenannten Hoffnungsrunde, in der ich die beiden Anträge einander gegenüberstelle, die am wenigsten Stimmen auf sich vereinigt haben.

Abstimmung 2

Antrag von Marc Bochsler	88 Stimmen
Antrag von Manuel Sahli	64 Stimmen
Enthaltungen	23 Stimmen

Ratspräsident Beat Habegger: Damit scheidet der Antrag von Manuel Sahli aus. Wir kommen zur nächsten Runde.

Abstimmung 3

Antrag der FIKO	88 Stimmen
Antrag von Marc Bochsler	0 Stimmen
Antrag von Selma L'Orange Seigo	64 Stimmen
Antrag von Ronald Alder	23 Stimmen

Ratspräsident Beat Habegger: Damit kommen wir zur nächsten Hoffnungsrunde. In dieser stellen wir den Antrag von Marc Bochsler dem Antrag von Ronald Alder gegenüber.

Abstimmung 4

Antrag von Marc Bochsler	88 Stimmen
Antrag von Ronald Alder	87 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

Ratspräsident Beat Habegger: Damit scheidet der Antrag von Ronald Alder aus. Wir kommen zur nächsten Abstimmungsrunde.

Abstimmung 5

Antrag der FIKO	88 Stimmen
Antrag von Marc Bochsler	0 Stimmen
Antrag von Selma L'Orange Seigo	87 Stimmen

Ratspräsident Beat Habegger: Wir kommen zur nächsten Hoffnungsrunde, in der ich den Antrag von Marc Bochsler dem Antrag von Selma L'Orange Seigo gegenüberstelle.

Abstimmung 6

Antrag von Marc Bochsler	88 Stimmen
Antrag von Selma L'Orange Seigo	87 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

Ratspräsident Beat Habegger: Damit scheidet der Antrag von Selma L'Orange Seigo aus. Wir kommen zur Schlussrunde.

Abstimmung 7

Der Antrag der Finanzkommission wird dem Antrag von Marc Bochsler gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 100 : 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der FIKO und damit einem Steuerfuss von 95 Prozent für die Jahre 2026 und 2027 zuzustimmen.

Ratspräsident Beat Habegger: Damit ist die Steuerfuss-Vorlage abgeschlossen. Wir müssen in der Leistungsgruppe 4910 keine Veränderungen vornehmen, weil dort ja bereits der Antrag der Finanzkommission eingestellt war. Ich gebe Ihnen kurz bekannt, wo wir stehen:

Unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen über die letzten Tage, ergeben sich im Budget die folgenden Kennwerte: in der Erfolgsrechnung ein Aufwandüberschuss von 314 Millionen Franken, in der Investitionsrechnung Ausgaben von 1,284 Milliarden Franken.

Damit kommen wir jetzt zur Beratung der Anträge auf Zustimmung beziehungsweise Ablehnung des Budgets.

Minderheitsantrag Tobias Langenegger, Christoph Fischbach und Selma L'Orange Seigo:

Das Budget für das Rechnungsjahr 2026 wird abgelehnt.

Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), Präsident der FIKO: Wie bereits im Einführungsreferat erwähnt, empfiehlt die Finanzkommission das Budget 2026 mit 8 zu 3 Stimmen zur Annahme. Eine Minderheit beantragt dem Kantonsrat, das Budget abzulehnen.

Die zustimmende Kommissionsmehrheit vertritt die Ansicht, dass die kantonalen Ausgaben in den letzten Jahren stark gewachsen sind, teilweise überproportional zur Bevölkerungsentwicklung. Die Reduktion des Steuerfusses um 3 Prozent vermindert die Einnahmen zwar um 246 Millionen Franken pro Jahr, schafft aber den nötigen Druck für effizientere Strukturen. Gleichzeitig bleibt die Finanzlage sehr robust. Die Jahresrechnungen liegen seit Jahren deutlich über dem Budget. Auch das laufende Jahr wird voraussichtlich mit einem Überschuss von mehr als einer halben Milliarde Franken abschliessen. Erfahrungen aus den Nachbarkantonen zeigen nach Dafürhalten der Kommissionsmehrheit zudem, dass Steuersenkungen das Steuersubstrat sichern, die Standorttreue von Unternehmen und Haushalten stärken und mittelfristig sogar Mehreinnahmen bringen können.

Die Steuerentlastung wird als verantwortbar erachtet und stärkt die Attraktivität des Kantons Zürich als Lebens- und Wirtschaftsstandort. Die Investitionstätigkeit bleibt trotz Steuerfussreduktion auf hohem Niveau. Dank Prio-

risierung können zentrale Projekte in Bildung, Infrastruktur und weiteren Bereichen planmässig umgesetzt werden, ohne dass die Verschuldung unkontrolliert ansteigt.

Für die Kommissionsmehrheit ist das beantragte Budget 2026 Ausdruck einer verantwortungsvollen und vernünftigen Finanzpolitik, weshalb sie es mit den beantragten Änderungen zur Annahme empfiehlt.

Demgegenüber lehnt die Kommissionsminderheit das Budget ab. Die geplante Steuersenkung von 3 Prozent schränkt ihres Erachtens den finanziellen Handlungsspielraum des Kantons unnötig ein und gefährdet wichtige Investitionen in Schulhäuser, öffentlichen Verkehr und andere Zukunftsprojekte... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Ratspräsident Beat Habegger: Das Wort wird weiter nicht mehr gewünscht, damit kommen wir zur Schlussrunde. Ich gebe den Fraktionsvorsitzenden jeweils das Wort für maximal fünf Minuten.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen): Relevant in diesem Budget ist nicht die Steuersenkung, relevant ist, dass der Kanton Zürich erstmals über 20 Milliarden Franken ausgibt. Und trotzdem reden wir seit Tagen über Prozentpunkte, Detailfragen und Nebengeräusche, aber nicht über das eigentliche Problem. Wenn man die Finanzen des Kantons Zürich beurteilen will, darf man sich nicht von Steuersätzen, Defiziten oder Finanzierungsmethoden ablenken lassen. Das Einzige, was wirklich zählt, ist die Frage, wie viel der Staat insgesamt ausgibt. Und hier liegen wir erstmals bei über 20 Milliarden Franken. Ob der Staat diese Ausgaben direkt über Steuern einzieht oder indirekt über neue Schulden und Inflation finanziert, für die Bevölkerung bleibt die Belastung dieselbe. Diese 20 Milliarden sind die wahre Steuer. Darum ist es völlig inkonsequent, wenn die Mitte zwar eine Steuersenkung mitträgt, aber keine einzige Kürzung beim Aufwandwachstum unterstützt. Man kann die Last der Totalausgaben nicht einfach wegdiskutieren. Darum sollte sich dieses Parlament konsequent auf eine einzige Kennzahl konzentrieren, die Gesamtausgaben des Staates, alles andere sind Nebengeräusche. Ein Staat, der Jahr für Jahr mehr ausgibt, kontrolliert mehr Ressourcen, trifft mehr Entscheidungen und verdrängt Schritt für Schritt Eigenverantwortung und privaten Wohlstand. Ein Staat, der weniger ausgibt, lässt Freiheit zu, Innovation und Wohlstand, so einfach ist es.

Fassen wir zusammen: Die Linken kennen nur zwei Rezepte, Steuern und neue Schulden. Die Mitte lässt sich von jedem politischen Gegenwind beeindrucken und die GLP fährt wie immer ihren Sonderzug für Zahlenspiele: Ob 2 oder 3 Steuerprozent ist für sie matchentscheidend, der gleiche Zahlenfetischismus wie bei ihren Klimazielen hinter dem Komma. Und weil

diese sogenannten Mitte-Parteien keinen Mut haben, gab es auch dieses Jahr wieder das gleiche Budgettheater ohne echte Korrekturen.

Immerhin, wir haben die Steuern gesenkt, ob es am Ende 2, 3 oder 5 Prozent waren, die Richtung ist entscheidend. Der Kanton Zürich muss wieder attraktiv werden für gute Steuerzahler. Und eines muss man klar sagen: Wer 270 Millionen Franken für Velowegprojekte einplant und jährlich rund 90 Millionen Franken dafür ausgibt, kann nicht glaubwürdig behaupten, für Steuersenkungen fehle das Geld. Von der heutigen Steuersenkung profitieren wir indirekt alle, weil wir ein gesundes Fundament für diejenigen Steuerzahler legen, welche den Grossteil unserer 20 Milliarden Ausgaben finanzieren. Kapital ist flüchtig. Das ist keine Ideologie, das ist Realität.

Wer ist nun dafür verantwortlich, dass die Ausgaben auf über 20 Milliarden geklettert sind? Nicht die Regierung, ich mache der Regierung keinen einzigen Vorwurf, im Gegenteil, sie setzt um, was wir hier bestellen. Die Verantwortung für das Wachstum auf über 20 Milliarden liegt bei uns Politikern auf Kantons- und Bundesebene. Wir beschliessen jedes Jahr neue Aufgaben, neue Programme mit neuen Stellen. Und noch ein Wort zur GLP, es ist das zweite Wort: Sie gibt sich liberal im Branding, ruft aber bei jeder Gelegenheit nach mehr Nanny-Staat bei Kinderbetreuung, Elternzeit oder Klimaschutzinterventionen. Das ist nicht liberal, das ist EU-Politik.

Wir haben heute kein Einnahmenproblem, wir haben ein Ausgabenproblem. Steuersenkungen sind kein Geschenk, sie sind eine Investition in Wachstum, Freiheit und die langfristige Finanzierbarkeit unseres Kantons. Darum stehen wir hinter dieser Steuersenkung, darum fordern wir die nächste in zwei Jahren. Wer Freiheit und Wohlstand will, muss den Mut haben, den Staat zu begrenzen. Vielen Dank.

Sibylle Marti (SP, Zürich): Nach vier Sitzungen sind wir nun am Ende der Budgetdebatte 2026. Herausgeschaut haben fünf mehrheitsfähige Vorstösse; einer davon geschenkt, es sind die 50 Millionen Franken Pauschalkürzung im Reptilienfonds. Sein Effekt? Null. Das Einzige, was der Antrag macht, ist etwas Kosmetik am defizitären Saldo. Dann bleiben noch vier Anträge mit einer Gesamtsumme von knapp 7 Millionen Franken. Wahrscheinlich werden sie angesichts ihrer Begründung auch nicht viel bewirken. Entweder handelt es sich um gebundene Ausgaben, auch wenn Marc Bochler dieses Wort nicht gerne hört, oder den Kürzungen stehen Einnahmen gegenüber, die dann konsequenterweise ebenfalls hätten gekürzt werden müssen, also ein Nullsummenspiel. 7 Millionen Franken reichen wahrscheinlich nicht einmal aus, um die höheren Zinsen infolge der Steuersenkung zu finanzieren. Das zeigt die ganze Absurdität der rechten Finanzpolitik, Sie machen schlicht Ihren Job nicht.

Tobias Langenegger (SP, Zürich): Anstatt systematisch zu schauen, welche Budgetposten steigen, schauen Sie einfach die Direktion an (*gemeint ist die Direktion der Justiz und des Innern*), die Sie wegen der Vorsteherin (*Regierungsrätin Jacqueline Fehr*) nicht mögen. Was das mit Finanzpolitik zu tun hat, ist uns schleierhaft. Und hören Sie endlich auf mit dem Personalwachstum. Der Finanzdirektor hat es Ihnen letzten Montag gesagt, das Personal in der Kernverwaltung wächst weniger stark als die Bevölkerung. Auch hier braucht es halt etwas Arbeit. Wir haben diese Arbeit gemacht und uns das Personalwachstum der letzten Jahre genau angeschaut. Im Konsolidierungskreis 1 sind fast 75 Prozent des Personalwachstums durch die folgenden Positionen begründet: Volksschule plus 57 Prozentpunkte, nun ja, es gab halt in den letzten zehn Jahren mehr Schülerinnen und Schüler, weitere 5,3 Prozentpunkte in der Mittelschule, wohl mit der gleichen Begründung. Dann folgen noch je knapp 7 Prozent bei der Polizei und, als direkte Konsequenz davon, beim Justizvollzug. Die entscheidenden Treiber sind im Konsolidierungskreis 3 und hier konkret das Universitätsspital Zürich und das Kantonsspital Winterthur, die zusammen über 50 Prozent des Personalwachstums ausmachen. Aber dieses Personal erbringt Leistungen, die abgegolten werden, die Kosten sind also gedeckt. All das berücksichtigen Sie in Ihrer Arbeit nicht. Sie hauen irgendwelche Schlagworte und Initiativen raus – ohne Substanz dahinter –, und das alles nur, um die Steuern für die Wohlhabendsten zu senken.

Sibylle Marti fährt fort: Eigentlich ging es Ihnen bei dieser Debatte nämlich immer nur um die Steuerfusssenkung. Die Konsequenzen dieser 3 Prozent sind Ihnen wohl allen bewusst: Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt, die Schulden steigen, die Bonität nimmt ab und die Zinslast wird grösser. Spüren wird es die Bevölkerung, denn der Kanton wird bei einer wachsenden Bevölkerung nicht den gleich guten Service public mit weniger Geld finanzieren können, das geht finanzpolitisch nicht. Da von der Steuersenkung nur die Wohlhabendsten profitieren, während vom Service public alle profitieren, machen Sie eine knallharte Umverteilung von unten nach oben: Wer hat, dem wird gegeben.

Wir lehnen dieses Weihnachtsgeschenk für diejenigen, die es nicht nötig haben, entschieden ab. Stattdessen erinnern wir Sie an die Probleme der Bevölkerung. Das UBS-Sorgenbarometer 2025 (*Schweizer Grossbank*) von letzter Woche hat es eindrücklich gezeigt: steigende Mieten, explodierende Prämien, sinkende Kaufkraft. Machen Sie Ihren Job, finden wir gemeinsam Lösungen, die die Zürcher Bevölkerung weiterbringen.

Tobias Langenegger fährt fort: Zum Schluss möchten wir noch dem Personal danken. Nur dank seinem enormen Einsatz für den Kanton Zürich steht dieser nach wie vor gut da. Wir hören aber auch, wie belastet die Pflegepersonen in den Spitälern oder die Lehrpersonen in den Klassenzimmern sind. Hier braucht es Lösungen, denn wir sind auf eine starke Volksschule, eine starke Gesundheitsversorgung, einen starken öffentlichen Verkehr angewiesen. Das ist das Rückgrat des Kantons Zürich und dem gilt es entsprechend Sorge zu tragen.

Nun wünsche ich Ihnen allen erholsame Festtage und hoffe, dass die nächste Budgetdebatte nicht wieder eine Lotterie wird, die davon abhängt, welche Kantonsrätinnen und Kantonsräte gerade im Spital sind, weil wir dann hoffentlich eine Stellvertretungsregelung kennen. Besten Dank.

Claudio Zihlmann (FDP, Zürich): Ach, was haben wir nicht alles erlebt in diesen drei Tagen Budgetdebatte! Eine leichte Verzögerung des Starts der Debatte liess offensichtlich genervte Regierungsräte zurück, obwohl man als Parlament vom Regierungsrat eigentlich erwarten kann, dass die Tage der Budgetdebatte im Kalender dick und fett blockiert sein sollten. Eine Justizdirektorin (*Regierungsrätin Jacqueline Fehr*), die sagte, sie schere sich nicht um den Parlamentsentscheid zur Kürzung von Stellen und werde machen, was sie wolle, das ist purer Hohn. Sie hat offensichtlich das Konzept der Gewaltenteilung nicht verstanden, und das ist mehr als bedenklich.

Und dann gab es Unverständnis der Linken, dass die Bürgerlichen und insbesondere die FDP auch kritisch mit dem bürgerlichen Regierungsrat umgingen. Ja, geschätzte Linke, das nennt man Gewaltenteilung. Es ist nicht nur das Recht, sondern auch unsere Pflicht, dem Regierungsrat auf die Finger zu schauen, egal, was für Mehrheiten in der Exekutive existieren. Zudem wurde uns bei der Debatte des Reptilienfonds (*Leistungsgruppe 4950*) vorgeworfen, dass wir keine konkreten Sparanträge machen würden. Dass danach Dutzende sehr konkret und gut begründete Anträge folgten, das interessierte Sie offenbar nicht mehr. Und zuletzt hoffe ich doch, dass der Herr Finanzdirektor mit Martin Huber das versprochene Bier auch nach dieser Steuerfussenkung noch trinken wird.

Doch nun zum Kern: Zürich, wir haben ein Problem, denn heute haben wir eine Chance verpasst, eine Chance, unsere Bürgerinnen und Bürger, aber auch unseren Wirtschaftsstandort nachhaltig zu entlasten. Eine Steuersenkung von 3 Prozent ist zu wenig, denn der Kanton Zürich hat ein Problem, ein Steuerproblem. Denn auch nach dieser minimalen Steuersenkung werden am Ende des Tages immer noch Unternehmen und Arbeitsplätze unseren Kanton verlassen und gute Steuerzahlende sich in anderen Kantonen ansiedeln. Und die Linke wird nun aufschreiend monieren, dass Steuersenkungen

nur den Gutverdienenden zugutekommen. Relativ stimmt das natürlich nicht, absolut mag das aber teilweise stimmen. Doch wir müssen uns die folgenden Zahlen in Erinnerung rufen: 4,5 Prozent der steuerpflichtigen natürlichen Personen im Kanton Zürich bezahlen 40 Prozent der Einkommensteuern, und lediglich 2,6 Prozent der Unternehmen im Kanton Zürich bezahlen sage und schreibe 81 Prozent der Gewinnsteuern. Und das sind genau diese Personen und Firmen, geschätzt Linke, welche Sie zum Teufel jagen wollen. Und dann hoffen Sie, der Weihnachtsmann komme und schütte Steuermilliarden aus. Aufwachen ist angesagt. Fakt ist also: Wenn wir diese guten Steuerzahlenden verlieren, so hat nicht nur der Kanton, sondern haben auch alle Gemeinden sofort ein Problem. Und dann nützt auch eine Investitionspriorisierung nichts mehr, denn dann heisst es Leistungen abbauen, und das will, so hoffe ich, niemand hier drin. Wir sind also in der Pflicht, unseren Standort Zürich so aufzustellen, dass er attraktiv ist und auch bleibt.

Und dafür braucht es jetzt Massnahmen. Dazu müssen wir, erstens, die extrem hohen Steuern auf Kapitalbezüge endlich senken, zweitens, so schnell wie möglich einen Ausgleich der warmen Progression einführen, drittens, die Bürokratie- und Regulierungslast für unsere Unternehmen nachhaltig senken, heute, aber auch für die Zukunft, zum Beispiel mit einem qualifizierten Mehr bei Vorlagen, welche eine gewisse Anzahl an Unternehmen zusätzlich belasten, oder mit einer Regulierungskommission, welche nur Gesetze abbaut, statt neue zimmert. Viertens müssen wir die Schlussfolgerungen aus der verlorenen Abstimmung zur Steuervorlage ziehen und möglichst bald mit einer breiten Allianz einen erneuten Anlauf wagen, vielleicht auch mit einem Päckli. Denn wir erinnern uns, der Kanton Zürich hat die höchsten Gewinnsteuern in der ganzen Schweiz. Und fünftens sind wir in der Pflicht, unserer Bevölkerung wieder aufzuzeigen, wie wertvoll und wichtig unser Standort, unser Wirtschaftsstandort für uns alle hier ist. Aber auch wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier müssen uns ein wenig an der Nase nehmen. Der Regierungsrat hat nicht ganz unrecht, wenn er sagt, dass viele Bestellungen aus dem Parlament kommen. Auch wir müssen uns fragen: Was braucht es wirklich und auf was können wir verzichten?

Ich schliesse mit einem Dank an die geduldigen Medienvertreter, die Polizistinnen und Polizisten, die für unsere Sicherheit da sind, und die Mitarbeiter der Parlamentsdienste für die Hintergrundarbeit bei der Budgetdebatte, Ihnen allen sowie Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte anwesende Regierungsräte. Ich wünsche Ihnen erholsame Festtage, frohe Weihnachten und einen guten Rutsch. Die FDP stimmt dem Budget zu.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Abwiegen, austarieren, ausbalancieren, ausgewogen, im Gleichgewicht, alles Begriffe, die man aus der Backstube

kennt, und es sind aber auch Begriffe, die wir in dieser Budgetdebatte gehört haben. Denn beim Budget geht es genau darum: Einnahmen und Ausgaben müssen sich die Waage halten, sie sollen im Gleichgewicht sein. Wir brauchen die notwendigen Mittel für Investitionen, für zukunftsfähige Infrastruktur, Klimaschutz, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für unsere Sicherheit. Gleichzeitig darf der Staat der Wirtschaft und den Privaten keine unnötigen Mittel entziehen, die Einnahmen sollen nicht künstlich in die Höhe getrieben werden. Dieses sorgfältige Austarieren, die Balance sicherzustellen, das ist unsere Aufgabe, für das sind wir gewählt. Dabei sollen alle Anliegen angemessen berücksichtigt werden, dann ist es ein guter Kompromiss oder, um beim Bild des Backens zu bleiben, ein guter Teig hält alles zusammen. Stimmt das Verhältnis, dann wird aus flüssig, fest, fettig und trocken ein harmonischer Teig, der sich gut auswallen und ausstechen lässt. Übertragen auf unsere Arbeit heisst das: Wenn alle Anliegen ihren Anteil erhalten, dann gibt es ein stimmiges Ganzes. Als Zentrumsparterie übernehmen wir dabei unterschiedliche Rollen: Mal binden wir das Flüssige, mal machen wir das Feste formbar. Sie dürfen jetzt selbst entscheiden, welche Rolle Sie in diesem Rat einnehmen wollen. Beim Guetzli wären das Feste Mandeln, Zucker und Schokolade, vielleicht möchten Sie ja etwas Süsses sein. Das bedeutet aber auch, dass wir Grünliberale in der Budgetdebatte von allen Seiten unter Druck geraten, ja auch mal verbal angegriffen werden. Aber uns geht es gut, keine Sorge, und wie jedes Jahr an dieser Stelle: Vielen herzlichen Dank, dass ihr euch immer um uns sorgt. Wir schätzen das sehr, denn man sorgt sich ja nur um jene, die man gerne hat.

Betrachten wir nun den Budgetprozess als Waage, wie die Justitia eine hält, dann ist aber auch ein ganz wichtiger Punkt offensichtlich: Diese Waage darf nicht aus dem Gleichgewicht geraten und ist ein Instrument, das sorgfältig behandelt werden muss. Die Waagschalen dürfen weder zu rasch noch zu schnell gefüllt oder geleert werden. Gerät die Waage aus dem Gleichgewicht, dann braucht es einen Moment, bis sie dieses wiederfinden kann, wenn es überhaupt gelingt. Und genau das bringt mich heute etwas aus der Ruhe, denn unsere Waage ist aus dem Gleichgewicht geraten. Wir haben die Waagschale mit minus 3 Prozent zu schnell geleert. Wir waren dafür, eine nachhaltige, in Balance gehaltene Waage zu pflegen, minus 2 Prozent jetzt und vielleicht minus 2 Prozent in zwei Jahren, wenn es die Waage hergibt.

Nun haben wir die Sorge, dass mit weiteren Reduktionen auf der Ausgaben-seite bei der wackeligen Waage Projekte von der Waagschale fallen könnten oder, noch schlimmer, wir in zwei Jahren sogar korrigieren müssen. Das wäre in unserem Kanton nicht gut angesehen. Es wäre unsere Aufgabe gewesen, die Waage nachhaltig und mit Augenmass im Gleichgewicht zu halten.

Das Beispiel der Waage funktioniert gut in der Politik, aber nur, wenn es darum geht, Kompromisse zu finden. Beim Entscheid gilt eine andere Logik. Dort entscheidet die Mehrheit, dort darf das Gleichgewicht sogar bewusst kippen. In dieser Budgetdebatte war das allerdings sehr selten der Fall. Es war eher so, dass wir sehr im Gleichgewicht austarierten, sodass einzelne Abwesenheiten, Kranken- oder Spitalaufenthalte das Resultat beeinflussten. Dass es aber trotzdem nie zu einem Stichentscheid kam, sehen wir in der ruhigen, fairen und ausgewogenen Führung unseres Ratspräsidiums. Vielen herzlichen Dank dafür.

Nun ist das Budget gebacken. Ob es schmeckt, finden wir im kommenden Jahr heraus. In diesem Sinne wünsche ich allen frohe Festtage, eine ruhige und besinnliche Zeit und hoffentlich viele Guetzli.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): In unserer Regierung hat die bürgerliche Mehrheit das Sagen und hier im Kantonsrat dominiert eine bürgerliche Spar- und Steuersenkungsallianz die Finanzpolitik, und diese Mehrheiten waren noch nie anders, seit der moderne Kanton Zürich existiert. Wenn man aber dem Rundumschlag von FDP-Kantonsrat Martin Huber in der Eintretensrunde zugehört hat, so müsste man meinen, Links-Grün dominiere die Finanzpolitik. Und wenn man die einseitigen Kürzungsanträge von FDP und SVP in den Direktionen von Jacqueline Fehr und die zurückgezogenen Anträge bei Regierungspräsident Martin Neukom anschaut, dann müsste man meinen, die beiden könnten über neue Stellen und Mehrausgaben entscheiden, ohne dass der bürgerliche Gesamtheregierungsrat mitredet. Dem ist aber nicht so. Geschätzte Damen und Herren Bürgerliche und SVP, wenn Sie glauben, wie in den letzten Tagen, hier lauter finanzpolitische Ohrfeigen aus teilen zu müssen, mit Verlaub, dann müssen Sie bei sich selbst anfangen, denn Sie machen die Finanzpolitik, seit dieser Kanton existiert.

Und wir kennen Ihr Argumentationsmuster langsam. Wird im Budget ein Defizit vorausgesagt, dann kürzen Sie die staatlichen Leistungen. Kommt es dann im Folgejahr zu einem Überschuss, dann machen Sie sich daran, die Steuern zu senken. Und logischerweise kommt schon das nächste Defizit und so weiter und so fort. Nur im Budget 2026 machen Sie beides, eine Steuersenkung dank eines Zufallsmehrs heute Morgen und ein Defizit von über 300 Millionen Franken. Doch wie wollen Sie das den Menschen in diesem Kanton erklären, dass Sie auf Einnahmen verzichten, wenn Sie doch gleichzeitig ein Defizit erwarten? Mit dieser Steuersenkung entziehen Sie der öffentlichen Hand eine Viertelmilliarde jährlich, doch die meisten Steuerzahlenden haben davon ja kaum etwas. Ein verheiratetes Paar mit 120'000 Franken steuerbarem Jahreseinkommen spart 190 Franken im Jahr. Eine Person mit

50'000 Franken versteuert gerade einmal 60 Franken weniger. Da kann man ja nicht einmal mehr von einem psychologischen Effekt reden.

Wie immer bei den Steuersenkungen sind es die 10 Prozent der sehr Wohlhabenden, die davon profitieren, und nicht der Mittelstand, doch für diese 10 Prozent machen Sie, geschätzte SVP, FDP und geschätzte Mitte, offenbar Ihre Politik. Dabei geht bei Ihnen völlig vergessen, dass wir in unsicheren Zeiten leben. Wir sind gegenwärtig umso mehr auf ein solides und stabiles Staatswesen angewiesen. Man jubelt vielleicht über das Zollversprechen Donalds Trumps (*US-Präsident*) mit der Schweiz. Doch wie lange wird dieses Zollversprechen halten? Welche Auswirkungen wird die Destabilisierung der globalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen für unseren Kanton haben? Wie wirken sich die vielen Kriege und die wachsende Bedrohung durch Russland aus? Was für Auswirkungen haben die ökologischen Krisen und die nach wie vor nicht gebremste Klimaerwärmung für uns? Was bedeutet die Verunreinigung von Grundwasser und Böden durch PFAS (*Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen*)? Was bedeutet das Entlastungspaket 27 des Bundes, der im Kanton ungefähr 300 Millionen Franken einsparen will. Und wie lange macht die Bevölkerung die Explosion der Mietpreise und der Gesundheitskosten noch mit?

Der Staat, den wir Grüne wollen, ist ein solider Staat, der auf diese Herausforderungen vorbereitet ist. Er hängt nicht den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen wie in Deutschland hinterher, sondern er geht mit und begleitet diese Veränderungen. Dasselbe bei der Umwelt und beim Klima. Auch hier ist es staatliche Aufgabe, den Rahmen für Natur- und Klimaschutz zu schaffen, nicht zuletzt auch mit einer Förderung von umweltschonenden und klimafreundlichen Technologien, damit wir wirtschaftlich am Ball bleiben und im Kanton Zürich nicht abgehängt werden.

Für all dies muss der Kanton solide aufgestellt sein, denn die gesellschaftliche Freiheit – ich betone es gern – ist dann am grössten, wenn sie auf dem Boden von wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit und in einer intakten Umwelt gedeihen kann.

Werte Bürgerliche, SVP und Mitte, Sparen um des Sparens willen, das ist doch keine Vision. Wo ist da Ihre Zukunft? Und auch die Regierung möchte ich fragen: Warum sparen Sie bei den Investitionen? Warum delegieren Sie die Verantwortung einfach an die nächste Generation? Priorisieren bei den Investitionen ist bloss ein anderes Wort für Sparen, und wir sehen in Deutschland, wohin der Investitionsstau führt. Darum lehnen wir Grüne dieses No-Future-Budget ab.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Die diesjährige Budgetdebatte hat einmal mehr gezeigt, wie weit die Positionen im Rat auseinanderliegen. Auf der

einen Seite stehen die linken Parteien, die überzeugt sind, dass der Staat immer mehr Aufgaben übernehmen und möglichst jedes gesellschaftliche Problem lösen soll – mit immer höheren Ausgaben. Auf der anderen Seite stehen Parteien, die mit dem Sparhammer beziehungsweise dem Rasenmäher durch das Budget gehen wollen. Die Mitte lehnt beide Extreme ab.

Ursprünglich gab es die Idee einer linearen Kürzung von 2 Prozent über alle Leistungsgruppen hinweg. Dieser Ansatz war grundsätzlich richtig. Alle Bereiche sollten ihren Beitrag leisten, überall sollte gleichermassen etwas Luft abgelassen werden. Genau dieses Prinzip von Gleichbehandlung unterstützen wir. Doch die Umsetzung hat diesem Anspruch nicht standgehalten. Am Ende sollten einzelne Direktionen deutlich stärker bluten als andere, insbesondere die Bildungsdirektion, und dies ausgerechnet in dem Bereich, der für die Schweiz und den Kanton Zürich der wichtigste Rohstoff ist: die Bildung. Nach sorgfältiger Prüfung der einzelnen Kürzungsanträge hat die Mitte dann doch nicht mitgemacht, weil die Umsetzung ungleichmässig, unausgewogen und letztlich nicht überzeugend war.

Konsequent hat die Mitte mit je einer Ausnahme im Budget und im KEF sämtliche Anträge beziehungsweise KEF-Erklärungen abgelehnt. Unterstützt haben wir hingegen die Pauschalkürzung von 50 Millionen Franken. Es ist nicht zielführend, dass der Kantonsrat in einzelnen Leistungsgruppen Mikromanagement betreibt. Richtig ist vielmehr, dem Regierungsrat einen Auftrag zu erteilen, weniger Geld auszugeben, und ihm dann auch die Verantwortung zu überlassen, zu entscheiden, wo und wie diese Mittel eingespart werden können.

Wir setzen uns dafür ein, dass Ausgaben und Einnahmen im Gleichgewicht bleiben, dies mit einer klaren Budgetdisziplin und mit einem haushälterischen Umgang mit den Steuergeldern. Dazu gehört auch, das Ausgabenwachstum einzudämmen, insbesondere dort, wo es sich im überproportionalen Stellenwachstum zeigt. Wir wollen nicht noch mehr Aufgaben an den Staat übertragen. Gleichzeitig wollen wir Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlasten und die steuerliche Attraktivität des Kantons Zürich verbessern. Gerade bei sehr hohen Einkommen liegt unser Kanton heute nämlich nur im hinteren Mittelfeld. Hierzu kommt mir der Spruch «Verschmähe nicht die Kuh, die dir Milch gibt» in den Sinn, redet doch nicht ständig schlecht über gute Steuerzahler!

Aus diesem Grund haben wir eine Steuersenkung von 3 Prozent beantragt und bedanken uns, dass der Antrag eine klare Mehrheit im Rat gefunden hat. Die finanziellen Rahmenbedingungen lassen dies zu, der Haushalt bleibt mittelfristig trotzdem ausgeglichen. Dem Kanton Zürich geht es insgesamt gut, zum Glück. Das gilt auch für die Finanzen, das Triple-A-Rating bestätigt dies ausdrücklich. Die Steuereinnahmen fliessen und der Kanton Zürich wird

dieses Jahr mit rund 700 Millionen Franken Überschuss abschliessen. Umso wichtiger ist es, die Ausgaben im Griff zu behalten und die Mittel bedacht und vorausschauend einzusetzen.

Das gilt auch für die anstehenden Investitionen: In den nächsten zwölf Jahren sind 7,6 Milliarden Franken geplant. Die Mitte steht grundsätzlich hinter der Priorisierung der Projekte. Es ist Aufgabe einer verantwortungsvollen Regierung, sicherzustellen, dass die dringendsten und wichtigsten Vorhaben zuerst umgesetzt werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Finanzen auch zukünftig im Lot gehalten werden.

Zum Schluss eine Aufforderung an links und rechts: Statt gegenseitig ständig mit dem Finger aufeinander zu zeigen und Schuldzuweisungen zu verteilen, wäre es an der Zeit, sich zusammenzuraufen, denn die anstehenden Herausforderungen können nur gemeinsam mit tragfähigen Kompromissen gelöst werden. Die Mitte steht wie eh und je bereit, diese Kompromisse zu finden und Brücken zwischen links und rechts zu bauen. Doch das gelingt nur, wenn alle einen Schritt aufeinander zugehen. Das Festhalten an polarisierenden Positionen bringt uns als Gesellschaft nicht weiter. Respekt, Toleranz, Freiheit, Solidarität, Verantwortung, das sind zentrale Werte für ein gutes Zusammenleben. Für diese Werte steht die Mitte und setzt sich für die Bevölkerung unseres Kantons ein.

In diesem Sinne wünsche ich allen frohe, friedliche und besinnliche Festtage sowie eine erholsame sitzungsfreie Zeit. Die Mitte stimmt dem Budget 2026 zu. Besten Dank.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Auch diese Budgetdebatte war wieder geprägt von viel Getöse und wenig Wirkung. Wir haben erneut Steuern gesenkt, nicht aus Not, sondern im vollen Bewusstsein, dass uns dieses Geld bei kommenden Aufgaben und Projekten fehlen wird. Man kann das politisch wollen, aber man sollte dann wenigstens ehrlich sagen, dass man damit ganz bewusst auch die Handlungsspielräume von morgen verkleinert, nur um heute Applaus zu erhalten.

Was diese Debatte ebenfalls geprägt hat: Viele Anträge wurden zurückgezogen. Das hat die Diskussion verkürzt, und an dieser Stelle möchte ich allen betroffenen Personen für ihre späte Einsicht ausdrücklich danken. Sie haben uns Zeit, Energie und Wiederholungen erspart. Manchmal ist weniger tatsächlich mehr.

Leider hat diese Einsicht nicht überall Einzug gehalten, im Bereich der Bildung haben wir sie schmerzlich vermisst. Dort blieben uns erneut dieselben, sich stetig wiederholenden Anträge und die immer gleichen Erwiderungen in Erinnerung, eine Erinnerung, die man, ehrlich gesagt, auch gerne vergessen würde; nicht weil Bildung unwichtig wäre, im Gegenteil, sondern weil

dieses ritualisierte Debattieren weder weiterhilft noch irgendeine Wirkung entfaltet.

Was man ebenfalls gerne vergessen möchte, das sind die Eintretensvoten von SVP und FDP zu diesem Budget. Sie haben bei mir viele Fragen aufgeworfen, vor allem die eine: Wie sprechen wir als gewählte Kantonsräte eigentlich über unseren eigenen Kanton? Die Arbeit der Regierung, ihrer Mitarbeitenden wurde schlechtgeredet, kleingemacht und geradezu verächtlich dargestellt. Und da fragt man sich schon: Haben diese Votanten überhaupt keinen Stolz darauf, in diesem Kanton leben zu dürfen? Haben sie keinen Respekt vor den Menschen, die sich Tag für Tag auch für sie engagieren, in der Verwaltung, in der Schule, bei der Polizei, im Gesundheitswesen, im Strassenunterhalt und in vielen weiteren Bereichen? Natürlich, Kritik gehört zur Politik, aber diese Dauerverächtlichmachung ist keine Haltung, sondern sie ist ein Stilproblem. Auch diese Episode der diesjährigen Budgetdebatte gehört zu den Momenten, die man am liebsten vergessen möchte.

Was hingegen nicht vergessen werden darf, das ist der Dank, der Dank an die Regierung für ihre Arbeit, der Dank an alle Mitarbeitenden des Kantons, der Dank an all jene Menschen, die sich Tag für Tag zum Wohl der Bevölkerung im Kanton Zürich engagieren, oft ruhig, oft unspektakulär, aber immer unverzichtbar. Ihnen allen gehört der grosse Dank der EVP-Fraktion. Und in Verantwortung gegenüber all diesen Menschen ist es für uns auch folgerichtig, dass wir dem Budget zustimmen werden.

Weihnachten ist ja die Zeit der Wünsche, deshalb zum Schluss von mir zwei Wünsche: Ich wünsche uns allen für das kommende Jahr weiterhin engagierte, aber faire Diskussionen, klare Prioritäten und den Mut, einander auch bei unterschiedlichen Meinungen zuzuhören und mit Wertschätzung zu begegnen. Und dann wünsche ich uns allen frohe Festtage, Zeit zum Durchatmen und einen guten Start ins neue Jahr.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): In dieser fast schon ereignislosen Budgetdebatte, die ganz im Zeichen der möglichen Senkung des Steuerfusses stand, gab es aus Sicht der Alternativen Liste einen Lichtblick und einen Tiefschlag. Zuerst das Highlight dieser Budgetdebatte: Die FDP und die SVP sind mit ihrem Angriff auf die Kultur gescheitert. Sie wollten mehr als 4 Millionen Franken bei der Kultur einsparen. Besonders schäbig an der diesjährigen Debatte ist der Angriff der beiden sehr arrogant auftretenden bürgerlichen Parteien auf die eh schon sehr, sehr tiefen Löhne und Honorare der Kulturschaffenden. Der erste Kürzungsantrag im Umfang von 2,14 Millionen Franken betraf die freie Kulturförderung und stellte sich explizit gegen eine Verbesserung der teils prekären Einkommenssituation von Kulturschaffenden. Der zweite Kürzungsantrag in der Höhe von 2 Millionen Franken

hätte verheerende Folgen für die kleineren und mittleren Kulturbetriebe in den Regionen gehabt. Auch dieser Antrag wurde glücklicherweise von der Ratsmehrheit abgelehnt. An dieser Stelle danken wir der Kulturdirektorin Jacqueline Fehr und der kleinen und feinen, aber schlagkräftigen Fachstelle Kultur für ihre sorgsame, umsichtige und hartnäckige Arbeit. Sie haben das Zwei-Säulen-Modell in der Kulturförderung des Kantons Zürich nach mehrjähriger Aufbauarbeit verankert. Mit der Zustimmung zum Kulturbudget 2026 des Regierungsrates festigt der Kantonsrat das Zwei-Säulen-Modell. Künftig wird die Kulturförderung zwar immer noch ein bisschen lotterig bleiben, weil ein Teil der Finanzierung weiterhin aus den Lotteriefondsgeldern stammt. Dank der Konstruktion mit dem Kulturfonds, der durch Lotteriefondsgelder gespiesen wird, gibt es aber doch eine planbare Stabilität. Und Sie wissen ja, die Lotteriefondsgelder sprudeln auch dank Spielerinnen wie mir reichlich.

Es gibt aber auch – und das ist sehr wichtig zu betonen – zu einem grossen Teil staatliche Mittel. So wird die Kultur im Kanton Zürich also aus dem Kulturfonds und den ordentlichen Budgetmitteln finanziert und steht damit auf einem stabilen Fundament. Das Zwei-Säulen-Modell stärkt das kulturelle Leben nicht nur in den Städten, sondern im ganzen Kanton. Das ist gerade in Zeiten globaler Unsicherheiten ein wichtiges Signal für Zusammenarbeit und Identität.

Ein weiterer erfreulicher Sieg dieser Budgetdebatte ist, dass die FDP und die SVP mit ihrem Sparhammer, wie es Hanspeter Hugentobler von der EVP so schön formuliert hat, bei der Bildung gescheitert ist. Mit 2-Prozent-Rasensmäher-Anträgen in verschiedenen Leistungsgruppen wollten sie insgesamt 27 Millionen Franken einsparen. Bei der Bildung sparen ist für ein Land ohne Ressourcen – wir haben nichts anderes ausser einem guten Bildungswesen – einfach nur kopflos, kurzsichtig und dumm.

Nun komme ich zum eigentlichen Tiefpunkt der diesjährigen Budgetdebatte. Der FDP-Sprecher schockierte uns mit seinem Staats- und Angestellten-Bashing in der Grundsatzdebatte zum staatlichen Handeln. Im Stile der amerikanischen, milliardenschweren, Kettensägen schwingenden Tech-Bros will die FDP aus dem Staat Gurkensalat machen. Der FDP-Sprecher verunglimpfte die kantonalen Angestellten als «Homo buerocraticus», die sich mit sich selbst beschäftigten, sinnlose Projekte vor sich herschoben und einzig einen Zürich-Finish zum Ziel hätten. Und er gipfelte in seinem Fazit, dass die Kinder in den Schulen damit nicht besser geworden seien. Der FDP-Sprecher hatte keine überzeugenderen Lösungsvorschläge zu bieten, als den Ratsmitgliedern einige ideologische Floskeln um die Ohren zu schlagen.

Für uns von der AL ist klar: Wir wollen einen Kanton, der nicht bei den sozial Schwächsten und auch nicht im ohnehin zusammengesparten und von

Personalmangel geprägten Gesundheitsbereich Einsparungen macht. (*Der Ratspräsident unterbricht die Votantin.*)

Ratspräsident Beat Habegger: Geschätzte Kollegin, Ihre Redezeit ist um. Sie dürfen noch sagen, ob Sie das Budget annehmen oder ablehnen.

Judith Anna Stofer fährt fort: Ja, wir lehnen es ab.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 116 : 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Budget für das Jahr 2026 gemäss Ziffer I mit einem Aufwandüberschuss von 314 Millionen Franken in der Erfolgsrechnung und Investitionsausgaben von 1,284 Milliarden Franken in der Investitionsrechnung zu genehmigen.

II. und III.

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Kenntnisnahme des KEF 2026 bis 2029

Ratspräsident Beat Habegger: Wir kommen zur Kenntnisnahme des KEF 2026 bis 2029: Von den ursprünglich 25 KEF-Erklärungen haben wir eine überwiesen, nämlich die Nummer 9. Nicht überwiesen wurden 19 KEF-Erklärungen, fünf wurden während der Debatte zurückgezogen. Sie haben den KEF zur Kenntnis genommen.

Die Geschäfte 2 und 3 sind erledigt.

4. Verschiedenes

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Fraktionserklärung der FDP zu einem antisemitischen Terroranschlag in Sydney

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich): Ich verlese Ihnen eine Fraktionserklärung mit dem Titel ««Nie wieder» dürfen keine leeren Worte sein». Namens der FDP-Fraktion möchte ich folgende Worte an Sie richten, vor Beginn der Elefantenrunde sind es eher ruhigere und ernstere Worte:

Vor uns brennt ein wunderschöner Adventskranz mit drei Kerzen. Trotz Budgetdebatte befinden wir uns in der besinnlichen Vorweihnachtszeit mit viel Licht und Kerzen. Gestern Abend hat die jüdische Bevölkerung in Zürich und auf der ganzen Welt die erste Kerze des achtarmigen Chanukka-Kerzenleuchters angezündet. Chanukka ist das Fest des Lichts, der Hoffnung und der Freude. Jeden Tag wird ein weiteres Licht angezündet, bis am Ende alle acht Kerzen brennen.

Gestern Abend ist in Sydney so etwas Schreckliches passiert, ein weiterer unfassbarer antisemitischer Terroranschlag. Das können wir so heute nicht stumm hinnehmen. Bei vielen Familien, in Australien und überall auf der Welt verstreut, brennen in diesen Tagen Trauerkerzen, zusätzlich zu Weihnachts- und Chanukkakerzen. Es darf so nicht weitergehen. Wir Politiker und Politikerinnen müssen uns unserer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewusst sein. Wir dürfen keine extremistischen, diskriminierenden, antisemitischen und rassistischen Parolen dulden, denn aus Parolen folgen Taten. Wir dürfen nicht stumm sein, wir müssen aufstehen und mutig unsere Werte verteidigen. Und Australien ist nicht weit weg. Gestern Abend hat in Amsterdam ein Mob das Entzünden eines Chanukka-Leuchters auch wieder gestört, gewalttätig, mit Parolen wie «Kill the Jews».

Am nächsten Sonntag wird in Zürich das letzte Licht öffentlich entzündet, gleich wie es gestern in Sydney hätte stattfinden können. Ich würde mich freuen, viele von euch an dieser Veranstaltung zu sehen. Für Details könnt ihr zu mir kommen. Und wenn ihr Angst habt, überlegt, wie es uns geht. Die jüdische Bevölkerung ist nicht stumm, sie macht weiter, stolz und traurig gleichzeitig, aber sie braucht auch mutige Zeichen der Solidarität. «Nie wieder» dürfen keine leeren Worte sein.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen im Namen der FDP friedliche und besinnliche Festtage.

Sitzungsplanung

Ratspräsident Beat Habegger: Zuerst möchte ich unserer Kollegin Christa Stünzi danken. Sie hat nicht nur viele Guetzli gebacken, sondern sie hat sich auch bereit erklärt, das heutige Geschäft 4 zu verschieben, sodass wir dieses dringliche Postulat (KR-Nr. 358/2025) in der ersten Sitzung 2026 behandeln können. Das erspart uns eine Nachmittagssitzung. Vielen Dank, liebe Christa.

Rücktrittserklärungen

Ratspräsident Beat Habegger: Wir kommen jetzt zu den Rücktritten und danach, als krönender Abschluss, zum Grusswort des Regierungspräsidenten. Haben wir noch ein bisschen Druck aufgebaut?

Es ist ein Rücktrittsgesuch eingegangen. Herr Sekretär, bitte.

Gesuch um Rücktritt als Abteilungsleiter des Baurekursgerichts von Claude Reinhardt, Erlenbach

Ratssekretär Christoph Ziegler verliest das Rücktrittsschreiben: «Per 1. September 2011 wurde ich Ersatzmitglied des Baurekursgerichts Zürich, per 13. Juni 2016 wurde ich vom Kantonsrat zum Baurichter des Baurekursgericht gewählt. Mit Beginn der laufenden Legislatur wurde ich vom Kantonsrat als Abteilungspräsident gewählt. Aktuell stehe ich der ersten Abteilung des Baurekursgerichts als Präsident vor. Zugleich bekleide ich noch bis zum 30. Juni 2026 das Amt des Gesamtgerichtspräsidenten.

Nach 15 Jahren spannender und äusserst interessanter Mitarbeit am Baurekursgericht des Kantons Zürich habe ich den persönlichen Entscheid getroffen, den Kantonsrat um vorzeitige Entlassung aus meinen Diensten per 30. Juni 2026 zu ersuchen. Allen Mitgliedern des Baurekursgerichts bin ich für die vielen Jahre kompetenter und äusserst kollegialer Zusammenarbeit und Unterstützung zu grossem Dank verpflichtet.

Gerne bitte ich Sie, sehr geehrte Damen und Herren, meinem Antrag zu entsprechen. Dem Baurekursgericht wünsche ich an dieser Stelle weiterhin richterliche Unabhängigkeit und Fachkompetenz.

Freundliche Grüsse, Claude Reinhardt.»

Ratspräsident Beat Habegger: Der Abteilungspräsident des Baurekursgerichts, Claude Reinhardt, ersucht um vorzeitigen Rücktritt. Gestützt auf Paragraph 35 und folgende des Gesetzes über die politischen Rechte, hat der Kantonsrat über dieses Rücktrittsgesuch zu entscheiden.

Ich gehe davon aus, dass Sie mit dem Rücktritt einverstanden sind. Das ist der Fall. Der Rücktritt per 30. Juni 2026 ist genehmigt. Ich beauftrage die zuständigen Stellen, die Nachfolge zu regeln.

Gesuch um Rücktritt aus dem Kantonsrat von Theres Agosti Monn, Turbenthal

Ratspräsident Beat Habegger: Es ist ein weiteres Rücktrittsgesuch eingegangen: Kantonsrätin Theres Agosti Monn ersucht ebenfalls um vorzeitigen Rücktritt. Gestützt auf denselben Paragraphen haben wir über dieses Rücktrittsgesuch zu entscheiden.

Ich gehe davon aus, dass Sie einverstanden sind. Das ist der Fall. Der Rücktritt per 3. Mai 2026 ist genehmigt.

Rücktritt aus dem Kantonsrat von Christian Müller, Steinmaur

Ratspräsident Beat Habegger: Sie haben am 25. August 2025 dem Rücktrittsgesuch von Kantonsrat Christian Müller, Steinmaur, stattgegeben. Heute ist der Tag des Rücktritts gekommen. Herr Sekretär, bitte.

Ratssekretär Christoph Ziegler verliest das Rücktrittsschreiben: «Hiermit ersuche ich um Genehmigung des vorzeitigen Rücktritts aus dem Kantonsrat per Ende Jahr 2025. Vielen Dank.

Freundliche Grüsse, Christian Müller.» (*Heiterkeit*)

Ratspräsident Beat Habegger: «Typisch Christian Müller», könnte man fast sagen. Als Kriterium für das Vertrauen in eine Person gilt gelegentlich, ob man ihr ein gebrauchtes Auto abkaufen würde. Im Fall von Christian kann ich für mich persönlich zumindest sagen: Ja, ich würde. Und zwar nicht nur, weil er durch und durch seriös und vertrauenswürdig ist, sondern auch, weil er als erstklassiger Garagist sicher eine passable Auswahl zu bieten hat. Dieser Hintergrund qualifiziert ihn nicht nur als gewieften Autoverkäufer, sondern vor allem als Vertreter der Wirtschaft und des Gewerbes in der Politik und hier im Kantonsrat.

Christian hat in den vergangenen gut zehneinhalb Jahren seine vielfältigen Erfahrungen in den Ratsbetrieb eingebracht, als Unternehmer, als Gemeinderat von Steinmaur, als ehemaliger Handelsrichter, als Ausbildner für die Jungen, als Stiftungsrat und als Verwaltungsrat ebenso wie als Verbandspräsident. Er hat dies in seiner ruhigen und besonnenen Art gemacht und wurde dafür als Kollege ausserordentlich geschätzt.

Christian ist bekannt dafür, dass er seine Positionen gleichermassen pointiert und sachlich vertreten kann. Er hat dies zuerst in der KPB (*Kommission für Planung und Bau*) und dann in der WAK (*Kommission für Wirtschaft und Abgaben*) auch in der Kommissionsarbeit bewiesen. Die Gewerbe- und Steuerpolitik zählten zweifellos zu seinen politischen Schwerpunkten, aber der Blick auf seine Vorstösse zeigt, wie breit gefächert seine Interessen waren. Unter anderem taucht dort nämlich der Biber auf. Obwohl dieser in Steinmaur ein paar Probleme zu verantworten hatte, scheint ihm Christian in Sympathie verbunden zu sein. In seinem Vorstoss schrieb er nämlich, Zitat: «Biber haben offensichtlich das Bestreben, die Umgebung nach ihren Vorstellungen umzugestalten.» Wenn man Christians freisinnige Haltung kennt, könnte man vermuten, dass er beim Formulieren sogar ein bisschen an sich selber gedacht hat. Auf jeden Fall gebührt dem Biber seine Anerkennung für das Eintreten für die persönliche Freiheit und seine Bewunderung für die Hands-on-Mentalität bei der Gestaltung des eigenen Lebensumfelds.

Lieber Christian, wir danken dir ganz herzlich für deinen Gestaltungswillen und für deinen Einsatz zugunsten der Bevölkerung des Kantons Zürich und wünschen dir alles Gute für deine Zukunft. (*Applaus*)

Grusswort des Regierungspräsidenten

Regierungspräsident Martin Neukom: Es war ein intensives Jahr. Gerade wenn wir die internationalen Entwicklungen verfolgen, gab es da durchaus einige sehr besorgniserregende Entwicklungen. Wir haben erlebt, dass die Demokratie international unter Druck kommt, in den USA, teilweise auch in Europa. Glücklicherweise ist es in der Schweiz nicht oder noch nicht der Fall, insofern freut mich diese extrem intensive Debatte heute. Es zeigt, dass die Demokratie im Kantonsrat lebendig ist. Wenn Sie mir eine Bemerkung erlauben: Teilweise ist die Debatte vielleicht etwas gar gehässig, hier haben wir in der Gesprächsdebattenkultur noch etwas Potenzial.

Jedenfalls möchte ich Ihnen allen im Namen des Regierungsrates ganz herzlich danken für Ihr Engagement für den Kanton Zürich. Ich danke auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung für ihren Einsatz und ihr Engagement für den Kanton Zürich in diesem Jahr.

Im Namen der Regierung wünsche ich Ihnen ganz schöne Festtage, ganz schöne Weihnachten, «en guete Rutsch». Geniessen Sie die Festtage, erholen Sie sich gut von der Budgetdebatte, und jetzt «en Guete»! (*Applaus*)

Ratspräsident Beat Habegger: Vielen Dank, lieber Martin, für die Worte. Auch meinerseits, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, danke ich Ihnen für die engagierte Budgetdebatte und ich danke auch den Parlamentsdiensten – es ist mir ein Anliegen – für die hervorragende Unterstützung während des gesamten Jahres und wünsche Ihnen allen jetzt zuerst «en Guete» und dann schöne Weihnachtsferien und einen gelungenen Start ins neue Jahr. (*Applaus*)

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Zahlung von ZVV-Billetten soll weiterhin für alle Bevölkerungsschichten möglich sein**

Postulat Manuel Sahli (AL, Winterthur), Rosmarie Joss (SP, Dietikon), Andrea Grossen-Aerni (EVP, Wetzikon), Jonas Pfister (Grüne, Winterthur)

- **Integration von Personen mit Status S in den Arbeitsmarkt**

Anfrage Dieter Kläy (FDP, Winterthur)

- **Monitoring der gefährdeten wirbellosen Tierarten in Gewässern des Kantons Zürich**

Anfrage Wilma Willi (Grüne, Stadel), Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich), David John Galeuchet (Grüne, Bülach)

– **Frühzeitige Information zu Bildungswegen ab der 5. Primarklasse**

Anfrage Tumasch Mischol (SVP, Hombrechtikon), Dieter Kläy (FDP, Winterthur), Christa Stünzi (GLP, Horgen)

– **KI-basierte Videoüberwachung am Universitätsspital Zürich**

Anfrage Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich), Nicola Yuste (SP, Zürich), Manuel Sahli (AL, Winterthur), Michael Bänninger (EVP, Winterthur)

Schluss der Sitzung: 12.40 Uhr

Zürich, den 15. Dezember 2025

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann